

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN für die Ausführung von Bauleistungen

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)	3
2.	Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B).....	3
3.	Rechnungen (§ 14 VOB/B).....	4
4.	Zahlung (§ 16 VOB/B)	4
5.	Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B)	4
6.	Technische Spezifikation.....	5
7.	Haftung der Vertragsparteien (§ 10 VOB/B)	5
8.	Steuerabzug bei Bauleistungen	5
9.	Anmeldung einer Betriebsstätte	5
10.	Weitere Besondere Vertragsbedingungen.....	5

Baumaßnahme Merkurstraße/ Lanstropersstraße
Angebot für Straßenbau

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN**0. Baustelle/Zugangswege/Unentgeltliche Benutzung/Bauüberwachung/Sicherheitskoordination**

0.1 Lage der Baustelle Dortmund- Scharnhorst

0.2 Für die Zugangswege wird unverbindlich auf folgendes hingewiesen:

0.2.1 Öffentliche Straßen

Art, Bezeichnung Baumaßnahme Merkurstraße/ Lanstropersstraße

Abschnitt Merkurstraße von der Kippstr. – Lanstropersr.
Lanstropersr. Von der Merkurstr.- Stadtgrenze Unna

0.2.2 Privatstraßen

Art, Bezeichnung _____

Verkehrsbeschränkung _____

Gewichtsbeschränkung _____

0.3 Dem Auftragnehmer werden unentgeltlich zur Benutzung überlassen (§ 4 Nr. 4 VOB/B):

0.3.1 Lager- und Arbeitsplätze _____

Etwa darüber hinaus erforderliche Lager- und Arbeitsplätze hat der Auftragnehmer zu beschaffen; die Kosten sind durch die Vertragspreise abgegolten.

0.3.2 Verkehrswege innerhalb des Baugeländes Baustraße aus RC

0.3.3 Wasseranschlüsse

Lage _____

Durchmesser _____

Leistung _____

Druck _____

0.3.4 Stromanschlüsse

Lage _____

Stromart _____

Spannung _____

Stromstärke _____

0.3.5 Sonstige Anschlüsse _____

0.4 Objekt-/Bauüberwachung (§ 4 Nr. 1 VOB/B) / Sicherheitskoordination gem. Baustellenverordnung

Die Bauüberwachung obliegt Stadt Dortmund – Tiefbauamt

Anordnungen Dritter dürfen nur in Absprache mit der städt. Bauüberwachung befolgt werden.

☒ Die Sicherheitskoordination obliegt: AN

☐ Der/Die Beauftragte für die Sicherheitskoordination wird im Auftragschreiben benannt.

1. Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)

1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☐ am Wochenende Samstag _____
- ☐ spätestens **6 Wochen** vor Baubeginn ist die Verkehrsrechtliche Anordnung bei der Behörde zu stellen.
- ☐ in der _____KW _____, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☒ innerhalb von **10 Werktagen** nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B); die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum _____ zugehen.
- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertigzustellen)

- ☐ am 30.06.2027
- ☐ innerhalb von **50 Werktagen** nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der _____ KW _____, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind:

- ☐ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☐ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☐ folgende Einzelfristen
 - ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan:

☐ ohne Bauzeitenplan werden ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart:

2. Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)

2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

- ☐ _____ € (ohne Umsatzsteuer)
- ☐ _____ v. H. der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer.

Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt _____ v. H. der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den Teil der Auftragssumme begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3. Rechnungen (§ 14 VOB/B)

3.1 Alle Rechnungen sind bei der

Stadt Dortmund, Städtische –Tiefbauamt

3 -fach

-fach einzureichen.

3.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z. B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind _____ - fach einzureichen. Für Stundenlohnarbeiten gelten die Zusätzlichen Vertragsbedingungen (215).

4. Zahlung (§ 16 VOB/B)

- ☒ Die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B wird verlängert auf 60 Tage.

5. Sicherheitsleistung und Bürgschaften

5.1 Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)

- ☐ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.
- ☒ Soweit die Auftragssumme mindestens **250.000 €** ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von **5,0 v.H.** der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Die Sicherheit für die Vertragserfüllung umfasst auch Mängelansprüche aus dem Bauauftrag, die bei der Abnahme oder innerhalb der Verjährungsfrist für Mängelansprüche erhoben werden, sofern sie nicht durch eine Sicherheitsleistung für Mängelansprüche abgelöst ist (siehe 5.4).

5.2 Sicherheitsleistung für Mängelansprüche aus dem Bauauftrag

- ☐ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.
- ☒ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt **3,0 v.H.** der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme), sofern die Auftragssumme mindestens **250.000 €** ohne Umsatzsteuer beträgt. Ist eine Sicherheit für die Vertragserfüllung zu leisten, so ist die Sicherheitsleistung für Mängelansprüche nicht zusätzlich zu leisten. Nach Maßgabe der Ziffer 5.4 kann vielmehr eine Sicherheitsleistung für Vertragserfüllung durch eine Sicherheitsleistung für Mängelansprüche ersetzt werden.

5.3 Bürgschaften (§ 17 VOB/B)

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für

- die Vertragserfüllung das Formblatt „Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft“
- die Mängelansprüche das Formblatt „Mängelansprüchebürgschaft“
- vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt „Abschlagszahlungs-/Vorauszahlungsbürgschaft“

5.4 Ersetzung einer Sicherheit für Vertragserfüllung durch eine Sicherheit für Mängelansprüche

Sobald die Leistungen des Auftragnehmers vollständig abgenommen und alle bis dahin erhobenen Ansprüche des Auftraggebers aus dem Bauvertrag erfüllt sind mit Ausnahme der Mängelansprüche, kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Vertragserfüllung durch eine Sicherheit für Mängelansprüche nach Maßgabe der Ziffer 5.2 ersetzt wird. Im Falle einer Sicherheitsleistung durch Bürgschaft ist der Auftraggeber verpflichtet, dem Auftragnehmer unverzüglich nach Erhalt der Mängelansprüchebürgschaft die Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft zurückzugeben. Diese darf ab dem Zeitpunkt der Rückgabevoraussetzungen nicht mehr für Mängelansprüche in Anspruch genommen werden.

6. Technische Spezifikation

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z. B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

7. Haftung der Vertragsparteien (§ 10 VOB/B)

- ☒ Es gilt die Haftung nach den Zusätzlichen Vertragsbedingungen 215 Nr. 13.5
☐ Abweichend von der Nr. 13.5 ist nach Auftragsvergabe folgender Mindesthaftpflicht- / Umwelthaftpflichtversicherungsschutz je Schadenereignis nachzuweisen:
- | | |
|---|---------------|
| Personenschäden, Sach- und Vermögensschäden | 3.000.000 EUR |
| Schäden durch Umwelteinwirkung | 3.000.000 EUR |
| Bearbeitungsschäden | 100.000 EUR |

8. Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§48b EstG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

9. Anmeldung einer Betriebsstätte

Firmen, deren Hauptsitz (oder Niederlassung) nicht in Dortmund liegt, sind verpflichtet, den Beginn der Bauarbeiten und die voraussichtliche Dauer dem Steueramt der Stadt Dortmund anzuzeigen. Hierüber erhält die Firma vom Steueramt eine schriftliche Bestätigung. Diese Bestätigung ist dem zuständigen Bauamt der Stadt Dortmund postwendend vorzulegen.

10. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

- ☐ keine
☒ folgende weiteren Vorschriften und Richtlinien:

10.1 Weitere Vorschriften und Richtlinien

Alle eingeführten Merkblätter, Vorschriften, Anweisungen und Richtlinien des Deutschen Normenausschusses, der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen, der Bundesanstalt für Straßenwesen, der Abwasser-technischen Vereinigung, der Berufsgenossenschaften, des VDE, des Verbandes Deutsche Verkehrsunternehmen (VDV), der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und ähnlicher Institute sowie der Europäischen Gemeinschaft - soweit rechtswirksam und von der Bundesregierung noch nicht in nationale Vorschriften, Merkblätter, etc. umgesetzt -, der Deutsche Bahn AG, der Deutschen Telekom AG, der Fachministerien des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen - in der jeweils letztgültigen Fassung - sind, soweit sie nicht zum Teil C der VOB - Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) gehören, Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1, Ziffer 2 der VOB/B.

Das sind unter anderem die Baustellenverordnung (BaustellV), das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), die Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) sowie die Unfallverhütungsvorschriften (UVV), wie z.B. die BGV A1 "Grundsätze der Prävention" (alt: VBG 1), die BGV A2 "Elektrische Anlagen und Betriebsmittel" (alt: VBG 4), die

BGV B3 "Lärm" (alt: VBG 121), die BGV C5 "Abwassertechnische Anlagen" (alt: VBG 54), die BGV C22 "Bauarbeiten" (alt: VBG 37), die BGV D1 "Schweißen", Schneiden und verwandte Verfahren" (alt: VBG 15), die BGV D33 "Arbeiten im Bereich von Gleisen" (alt: VBG 38a), die BGR 126 "Arbeiten in umschlossenen Räumen von abwassertechnischen Anlagen" (alt: ZH 1/177) und die BGR 128 "Regeln für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in kontaminierten Bereichen" (alt: ZH 1/183), BGR 160 „Sicherheitsregeln für Bauarbeiten unter Tag (alt ZH 1/486), BGV D6 „Krane (alt VBG 9) usw.

10.2 Lohn- / Stoffgleitklausel / Bauwesenversicherung

Lohn- / Stoffgleitklausel:

- Lohn- und Gehaltsmehr- oder -minderaufwendungen werden ebenso nicht erstattet wie Änderungen der Stoffpreise.

Preisvereinbarung beim Abweichen vom Bausoll

- Der AN hat Anordnungen des AG bei Abweichungen vom Bausoll gem. §2 Nr. 3,5,6,7 oder 8 Abs. 2 VOB/B dem AG schriftlich anzukündigen.

Ergänzend zu 3. ZVB wird vereinbart, dass zur Vereinbarung neuer Preise im Rahmen evtl. erforderlicher Leistungen nach §2 Nr. 3,5,6,7 oder 8 Abs. 2 VOB/B die Angebotskalkulation (inkl. Nachunternehmerleistungen) vor Auftragsvergabe beim AG zu hinterlegen ist, sofern die Angebotssumme 500.000 € übersteigt. Diese darf auch vor Auftragsvergabe vom AG eingesehen werden. Der AG entscheidet nach Einsichtnahme, ob er die Kalkulation für etwaige Vereinbarungen nach §2 Nr. 3,5,6,7 oder 8 Abs. 2 VOB/B als Preisermittlungsgrundlage anerkennt. Im Zweifelsfall behält er sich die Änderung oder Nichtanerkennung vor.

Bauwesenversicherung: - entfällt -

Bautagesberichte

☐ Auf die Führung von Bautagesberichte nach Nr. 7 ZVB wird verzichtet.

10.3 Nebenleistungen

Alle erforderlichen Gerüste (soweit nicht im Leistungsverzeichnis gesondert beschrieben), Transporte, Vorhaltungen von Geräten u.a.m. sind Nebenleistungen. Dieses gilt auch bei den Überrüstungen von Fahr- und Gehrampen. Alle erforderlichen Baubehelfe, wie Schutz-, Abfang- und Stützgerüste sowie Unterstützungen für Baumaßnahmen sind eigenverantwortlich, einschl. Standsicherheitsnachweis (falls erforderlich) durch den AN zu erbringen.

10.4 Sicherung von Bauleistungen

Alle Kosten für gestohlenes Material und beschädigte Bauleistungen gehen bis zur Abnahme zu Lasten des AN.

10.5 Sicherheitsbestimmungen und Verkehrssicherungspflicht

Die Baustellenverordnung ist strikt zu beachten. Besonders wird hier auf § 5 der Verordnung hingewiesen. Kosten, die sich durch die Umsetzung der Baustellenverordnung ergeben sollten, sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Arbeitsunfälle und Schadensereignisse (Umwelt- und Sachschäden) sind unverzüglich dem AG und dem SiGeKo zu melden.

Für Montagearbeiten muss eine schriftliche Montageanweisung auf der Baustelle vorliegen, die alle sicherheitstechnischen Angaben enthält (vgl. § 17 BGV C22 „Bauarbeiten“). Eine Kopie der Montageanweisung ist eine Woche vor Beginn der Arbeiten an den SiGeKo und den AG zu übermitteln. Der AN hat die Erfüllung und die Mängelbeseitigung von Auflagen aus sicherheitstechnischen Begehungen des SiGeKo, des Staatlichen Amtes für Arbeitsschutz und der Berufsgenossenschaften schriftlich an den AG und den SiGeKo zu melden.

Die Unterweisung der Belegschaft über spezifische Gefährdungen der Baustelle und Hinweise aus den Begehungen zum Arbeitsschutz haben regelmäßig zu erfolgen und sind zu dokumentieren.

Der AN hat sicherzustellen, dass auch Neueinstellungen und Leiharbeiter sowie die eingesetzten Nachunternehmer erfasst werden.

Die für die Aufstellung von Baubuden usw. erforderlichen Genehmigungen hat der Auftragnehmer einzuholen. Der AN hat, soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist, ohne besondere Vergütung für die Dauer der Bauausführung alle Schutzmaßnahmen zu treffen, die zur Sicherheit von baulichen Anlagen sowie zur Sicherung Dritter auf der Baustelle und ihrer Umgebung erforderlich sind und die Schutzvorrichtungen solange bestehen zu lassen, bis jede Gefährdung von Personen oder Sachen ausgeschlossen ist. Die verkehrspolizeilichen Sicherungsvorschriften sind besonders zu beachten.

Dem AN obliegt ferner die volle Verkehrssicherungspflicht auf den Baustelleneinrichtungsflächen und in dem jeweiligen Baubereich. Sie beginnt mit dem Zeitpunkt der Inanspruchnahme und endet zu dem Zeitpunkt, an dem nach Abschluss aller Bauarbeiten die Abnahmebescheinigung (EFB-AbnB) von beiden Parteien unterzeichnet worden ist. Die vom AN vorzuhaltenden Fußgängerwege und -stege, Behelfsbrücken, Behelfsstraßen einschl. Umfahrten und Anschlüsse sind während der Bauzeit zu reinigen und ggf. von Schnee und Eis zu räumen.

Der AN hat insbesondere dafür zu sorgen, dass Hydranten, Absperrschieber-, Entwässerungs- und sonstige Abdeckungen frei und zugänglich gehalten werden. Die von den zuständigen Versorgungsträgern zum Schutz ihrer Leitungen und sonstigen Einrichtungen getroffenen Bestimmungen sind zu beachten.

Die Absperrung, Kennzeichnung und Beleuchtung aller Arbeitsstellen, die Bedienung der Zeichen zur Leitung des Verkehrs bei halbseitigen Straßensperrungen sowie die Kennzeichnung und Beleuchtung von gesperrten Straßen und Umleitungen obliegen dem Auftragnehmer. Die Allgemeinbeleuchtung der für den öffentlichen Verkehr freigegebenen Flächen im Baubereich ist Sache des AGs.

Der AG behält sich vor, die genaue Einhaltung aller Unfallverhütungsvorschriften zu kontrollieren und die Belegschaft daraufhin ggf. zu überprüfen.

10.6 Arbeitszeit

Die Arbeitszeit ist mit den zuständigen Behörden abzustimmen. Sonn- und Feiertagsarbeit sowie Arbeiten außerhalb der von der Aufsichtsbehörde zugelassenen Zeiten sind nur in besonderen Fällen zulässig.

Erfordert der Fortgang der Arbeiten, die Erfüllung der vertraglichen Leistungen, die Einhaltung von Fertigstellungsterminen oder andere vom Auftragnehmer zu vertretende Gründe verlängerte Arbeitszeiten, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, so trägt der Auftragnehmer alle hierdurch entstehenden Kosten.

10.7 Aufmaß, Höhen und Maße

Sofort nach Auftragserteilung hat der AN den Bauwerksstandort auf die vorgegebenen Höhen, usw. einzumessen. Höhenpunkte werden bauseits angegeben. Die Übertragung dieser Punkte ist Sache des AN. Maßabweichungen in der Örtlichkeit, sowie gegenüber den Plänen und dem LV, sind mit der städtischen Bauüberwachung zu klären. Ausführungsfehler, die sich aus der Nichtbeachtung dieser Bedingungen ergeben, gehen zu Lasten des AN. Baumaßtoleranzen sind entsprechend auszugleichen.

Die oben genannten Leistungen, wenn im LV nicht anders beschrieben, sind in die Einheitspreise einzurechnen. Alle im LV angegebenen Maße sind Cirka-Maße.

10.8 Behördliche Genehmigungen

Genehmigungen für Nachtarbeit, Verkehrssperrungen bzw. Umleitungen und erforderliche Sondergenehmigungen (z.B. Betras) sind selbstverantwortlich vom AN einzuholen. Alle getroffenen Maßnahmen sind rechtzeitig der örtlichen, städtischen Bauüberwachung anzuzeigen.

10.9 Liefern von Stoffen und Bauteilen

Es sind nur handelsübliche und umweltfreundliche Materialien zu verwenden. In besonderen Fällen sind der Bauleitung Nachweise darüber vorzulegen. Die Verwendung von Gefahrstoffen als Bauhilfsstoffe ist soweit möglich durch Verwendung entsprechender Ersatzstoffe einzuschränken. In Zweifelsfällen ist die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (BAU) in Dortmund-Dorstfeld einzuschalten (Erlaubnis und Anzeige).

Ist im Leistungsverzeichnis ein bestimmtes Produkt angegeben, so kann der AN nach Zustimmung durch den AG ein anderes Produkt verwenden, sofern er nachweist, dass es für den geplanten Einsatz technisch und qualitativ gleichwertig ist (Nr. 1.2 ZVB gilt weiterhin).

10.10 Lärmschutz

Grundsätzlich dürfen auf der Baustelle nur lärmarme Geräte nach der "Fünftehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes" (Baumaschinenlärm-Verordnung-15.Bim Sch V) betrieben werden.

Die Kosten für alle Lärmbegrenzungsmaßnahmen gehen zu Lasten des AN und sind in die Einheitspreise einzurechnen. Das gleiche gilt für

- Ausfall- und Stillstandzeiten nach Stilllegung von Maschinen und/oder Geräten wegen Überschreitens der Immissionsschutzwerte der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmission –

- Ausfall- und Stillstandzeiten nach Stilllegung von Maschinen und/oder Geräten wegen Überschreitens der Immissionsschutzwerte in Wohnungen und vergleichbar genutzten Räumen. (DIN 4150 – 2 Erschütterungen im Bauwesen, DIN 4150 – 3 Erschütterungen im Bauwesen)
- Die Kosten für die erforderlichen Ausnahmegenehmigungen und die erforderlichen Gutachten nach § 9 Landes – Immissionsschutzgesetz

Die Geräuschemissionen sind nach der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm VV BaulärmG vom 19.08.1970 – Geräuschemissionen – zu messen und zu bewerten.

Die Beurteilungspegel der durch die Bauarbeiten verursachten Geräuschemissionen dürfen auch bei ungünstigsten Betriebsphasen vor den nächstgelegenen Wohnhäusern

- tagsüber 60 dB (A)
- nachts 45 dB (A)

nicht überschreiten. Als Nachtzeit gilt die Zeit von 20.00 Uhr bis 7.00 Uhr.

10.11 Toleranzen

Für die zulässigen Abweichungen von den Sollmaßen gelten die DIN – Vorschriften 18 201 und 18 202.

10.12 Rechnungen

Alle Rechnungen müssen folgende Angaben enthalten:

- den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des Leistenden und des Empfängers,
- die dem leistenden Unternehmer von Finanzamt erteilte Steuernummer,
- das Ausstellungsdatum,
- eine laufende Nummer, die zur Identifikation der Rechnung vom Rechnungssteller einmalig vergeben wird,
- das Konto, auf das Zahlungen zu leisten sind, die Bezeichnung des Bauvorhabens mit vollständiger Angabe der Buchungsstelle des Auftraggebers,
- das Datum des Angebots,
- die Menge und Art (handelsübliche Bezeichnung) der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung,
- den Zeitpunkt der Lieferung oder sonstigen Leistung, soweit er nicht mit dem Rechnungsdatum übereinstimmt,
- das nach Steuersätzen und einzelnen Steuerbefreiungen aufgeschlüsselte Entgelt, sowie jede im Voraus vereinbarte Minderung des Entgeltes,
- den anzuwendenden Steuersatz und den auf das Entgelt entfallenden Steuerbetrag oder im Falle einer Steuerbefreiung einen Hinweis auf die Befreiung
- Rechnungsdoppel sind mit rotem Stempelaufdruck als "Duplikat" zu kennzeichnen.

ZUSÄTZLICHE VERTRAGSBEDINGUNGEN

für die Ausführung von Bauleistungen

Inhaltsverzeichnis

1.	- frei -	2
2.	Wahlpositionen, Bedarfspositionen; Technische Regelwerke (§ 1)	2
3.	Preisermittlungen (§ 2).....	2
4.	Einheitspreise (§2 Nr. 1) / Vergütung bei Nebenangeboten (§ 2 Nr. 3)	2
5.	Änderung des Mengenansatzes bei Stundenlohnarbeiten	2
6.	Ausführungsunterlagen (§ 3)	3
7.	Werbung, Bautagesberichte, Baustellenräumung, Kontrollprüfungen (§ 4).....	3
8.	Umweltschutz (§ 4 Nrn. 2 und 3)	3
9.	Nachunternehmer (§ 4 Nr. 8).....	3
10.	Ausführung der Leistung (§ 4 Nr. 10).....	4
11.	Kündigung aus wichtigem Grund (§ 8).....	4
12.	Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Nr. 4)	4
13.	Mitteilung von Bauunfällen und Haftung der Parteien (§ 10).....	4
14.	Abnahme (§ 12).....	5
15.	Abrechnung (§ 14)	5
16.	Preisnachlässe (§§ 14 und 16)	5
17.	Rechnungen (§§ 14 und 16)	5
18.	Stundenlohnarbeiten (§ 15)	5
19.	Zahlungen (§ 16)	6
20.	Überzahlungen (§ 16)	6
21.	Abtretung (§ 16).....	6
22.	Sicherheitsleistung (§ 17)	7
23.	Bürgschaften (§§ 16 und 17)	7
24.	Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 18)	7
25.	Erklärung zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption	8
26.	Beachtung von Mindestanforderungen der Internationalen Arbeitsorganisationen an die Arbeitsbedingungen	9
27.	Kartellklausel	9
28.	Vertragsänderungen	9

ZUSÄTZLICHE VERTRAGSBEDINGUNGEN für die Ausführung von Bauleistungen

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

1. - frei -

2. Wahlpositionen, Bedarfspositionen; Technische Regelwerke (§ 1)

- 2.1 Sind im Leistungsverzeichnis für die wahlweise Ausführung einer Leistung Wahlpositionen (Alternativpositionen) oder für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung Bedarfspositionen (Eventualpositionen) vorgesehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung von Wahlpositionen trifft der Auftraggeber in der Regel bei Auftragserteilung, über die Ausführung von Bedarfspositionen nach Auftragserteilung.
- 2.2 In den Verdingungsunterlagen genannte technische Regelwerke, die in der VOB/C nicht angeführt sind, sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Nr. 2 d). Die in den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen und den übrigen Verdingungsunterlagen genannten DIN-Normen sind für das Angebot in der drei Monate vor dem Eröffnungs-/Einreichungstermin gültigen Fassung maßgebend.

3. Preisermittlungen (§ 2)

- 3.1 Der Bieter/Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.
- Der Auftraggeber darf die Preisermittlung bei Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen vertraglichen Ansprüchen öffnen und einsehen, nachdem der Auftragnehmer davon rechtzeitig verständigt und ihm freigestellt wurde, bei der Einsichtnahme anwesend zu sein. Die Preisermittlung wird danach wieder verschlossen.
- 3.2 Sind nach § 2 Nrn. 3, 5, 6, 7 und/oder 8 Abs. 2 Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für diese Preise einschließlich der Aufgliederung der Einheitspreise (Zeitansatz und alle Teilkostenansätze), spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- 3.3 Nrn. 3.1 und 3.2 gelten auch für Nachunternehmerleistungen.

4. Einheitspreise (§2 Nr. 1) / Vergütung bei Nebenangeboten (§ 2 Nr. 3)

- 4.1 Der Einheitspreis ist der vertragliche Preis, auch wenn im Angebot der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis entspricht.
- 4.2 Alle bei der Angebotsbearbeitung anfallenden Kosten sind wie beim Hauptangebot Sache des Bieters und werden auch im Auftragsfall nicht vom AG übernommen. Soweit die Prüfung und Wertung des für den Zuschlag in Betracht kommenden Nebenangebots die Hinzuziehung von Sonderfachleuten (Gutachter, Prüferingenieur und dgl.) erforderlich macht, sind alle hiermit verbundenen Kosten vom AN zu tragen.
- 4.3 Ist der Auftrag auf ein Nebenangebot erteilt worden, dann sind mit der vereinbarten Vergütung alle von dem Nebenangebot beeinflussten Leistungen abgegolten, die zur vollständigen Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden.

Alle angebotenen Preise gelten auch dann, wenn sich die Nebenangebote während der Bauausführung ganz oder teilweise als nicht durchführbar erweisen und die geschuldete Bauaufgabe durch eine geänderte, abweichende Ausführungsart erfüllt werden muss.

Für jede gegenüber dem Hauptangebot geänderte Position (Vordersatz und/oder Preis) und jede neue Position übernimmt der Auftragnehmer die Mengengarantie. D. h., Mehrleistungen über die angebotene Menge der geänderten bzw. neuen Positionen hinaus werden nicht vergütet, Minderleistungen nach ausgeführter Leistung abgerechnet.

5. Änderung des Mengenansatzes bei Stundenlohnarbeiten

Bei Stundenlohnarbeiten gelten die vereinbarten Verrechnungssätze unabhängig von der Anzahl der geleisteten Stunden.

6. Ausführungsunterlagen (§ 3)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

Der Auftragnehmer hat - entsprechend dem Baufortschritt - dem Auftraggeber den Zeitpunkt, zu dem er die nach dem Vertrag vom Auftraggeber zu liefernden Unterlagen benötigt, möglichst frühzeitig anzugeben, damit die Übergabe durch den Auftraggeber rechtzeitig erfolgen kann.

7. Werbung, Bautagesberichte, Baustellenräumung, Kontrollprüfungen (§ 4)

7.1 Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

7.2 Bautagesberichte

Von allen wichtigen Maßnahmen auf der Baustelle, insbesondere vom Beginn aller wichtigen Teilleistungen, ist der Auftraggeber rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

Der Auftragnehmer hat arbeitstäglich Bautagesberichte zu führen. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung von Bedeutung sein können, insbesondere über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Nachunternehmer Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, Zu- und Abgang von Hauptbaustoffen und Großgeräten, Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen), Abnahmen nach § 12 Nr. 2, Behinderung und Unterbrechung der Ausführung, Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe, Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse. Die Bautagesberichte sind dem Auftraggeber spätestens bis 12.00 Uhr des folgenden Arbeitstages zu übergeben, sofern dieser keinen anderen Zeitpunkt zulässt.

Soweit der Auftraggeber auf die Führung von Bautagesberichten verzichten will, gibt er dies in den Besonderen Vertragsbedingungen bekannt.

7.3 Baustellenräumung

Die Baustelle ist so bald wie möglich zu räumen. Befolgt der Auftragnehmer eine dahingehende Aufforderung nicht innerhalb angemessener Frist, so kann der Auftraggeber die Baustelle auf Kosten des Auftragnehmers räumen lassen.

Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind bei der Räumung im früheren Zustand zurückzugeben.

7.4 Kontrollprüfungen

Bei allen Probeentnahmen muss ein Vertreter des Auftraggebers zugegen sein. Über Ort und Zeitpunkt der jeweiligen Prüfung ist der Auftraggeber rechtzeitig schriftlich zu unterrichten. Er kann verlangen, dass Prüfungen nur in Anwesenheit eines Vertreters der städtischen Bauüberwachung durchgeführt werden dürfen.

Verlangt der Auftraggeber Güte- und Gebrauchsprüfungen von Stoffen und Bauteilen, die über die in den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) vorgeschriebenen oder sonst vertraglich vereinbarten nach Art und Umfang hinausgehen, so erhält der Auftragnehmer hierfür eine besondere Vergütung; er hat in diesen Fällen nach Weisung des Auftraggebers die Proben zu entnehmen oder herzustellen und diese prüfen zu lassen. Die Bestimmungen von § 18 Nr. 3 bleiben unberührt.

8. Umweltschutz (§ 4 Nrn. 2 und 3)

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken.

Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Es sind nur handelsübliche Stoffe und Bauteile zu verwenden, die den geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz entsprechen. Dies ist der Bauleitung auf Verlangen nachzuweisen.

9. Nachunternehmer (§ 4 Nr. 8)

9.1 Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.

Er hat die Nachunternehmer bei Anforderung eines Angebotes davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

- 9.2 Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Nachunternehmers schriftlich bekannt zu geben.

Beabsichtigt der Auftragnehmer Leistungen zu übertragen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, hat er vorher die schriftliche Zustimmung gemäß § 4 Nr. 8 (1) Satz 2 einzuholen.

- 9.3 Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass der Nachunternehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weiter vergibt, es sei denn, der Auftraggeber hat zuvor schriftlich zugestimmt; die Nummern 9.1 und 9.2 gelten entsprechend.

10. Ausführung der Leistung (§ 4 Nr. 10)

Feststellungen auf der Baustelle über den Zustand von Teilen der Leistung, ihre Vertragsmäßigkeit sowie Art und Umfang der Leistung werden verlangt, soweit diese Teile der Leistung durch die weitere Ausführung der Prüfung und Feststellung entzogen werden. Diese sind gemeinsam vorzunehmen. Der Auftragnehmer hat sie rechtzeitig zu beantragen.

11. Kündigung aus wichtigem Grund (§ 8)

Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahe stehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

In diesen Fällen gilt § 8 Nrn. 3, 5, 6 und 7 entsprechend.

Was unter Vorteilen im Sinne von Absatz 1 zu verstehen ist, richtet sich nach den §§ 331 ff. StGB. Nicht als Vorteil im Sinne von Absatz 1 gelten jedoch die der Geschäftswerbung dienenden Gegenstände oder Leistungen, wie sie im redlichen Geschäftsverkehr nach einheitlichen Gesichtspunkten (z. B. aus Anlass des Neujahrstages) von dem Auftragnehmer seinen Geschäftskunden gewährt werden, insbesondere Reklamegegenstände von geringem Wert, die als solche durch eine dauerhaft und deutlich sichtbare Bezeichnung des Auftragnehmers (Firma) gekennzeichnet sind.

12. Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Nr. 4)

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Nr. 4, bleiben unberührt.

13. Mitteilung von Bauunfällen und Haftung der Parteien (§ 10)

- 13.1 Der Auftragnehmer hat Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschaden entstanden ist, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

- 13.2 Solange der Vertrag nicht erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung in seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen. Auf Verlangen des Auftraggebers hat er jederzeit den Mitgliedsschein der Berufsgenossenschaft und eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft darüber vorzulegen, dass er seiner Beitrags- und Vorschusspflicht nachgekommen ist.

- 13.3 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter wegen schädigender Auswirkungen (Schäden, Nachteilen oder Belästigungen) gem. § 10 Nr.2 Abs.2 freizustellen.

- 13.4 Bewachung und Verwahrung der Bauunterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleidung usw. des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen - auch während der Arbeitsruhe - ist Sache des Auftragnehmers; der Auftraggeber ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf seinen Grundstücken befinden.

- 13.5 Der Auftraggeber fordert vom Auftragnehmer den Nachweis einer Haftpflicht-/Umwelthaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen je Schadenereignis:

Personen-, Sach- und Vermögensschäden:	1.500.000 EUR
Schäden durch Umwelteinwirkung:	1.500.000 EUR
Bearbeitungsschäden:	50.000 EUR

Soweit im Einzelfalle erforderlich, werden durch den Auftraggeber in den Besonderen Vertragsbedingungen (214) andere Mindestdeckungssummen je Schadenereignis vorgegeben.

Der Auftraggeber behält sich vor, eine kombinierte Bauwesen- / Haftpflicht- / und Umwelthaftpflichtversicherung abzuschließen, die neben den Risiken des Auftraggebers auch die des Auftragnehmers abdeckt. Er gibt dies in den Besonderen Vertragsbedingungen bekannt. Die Prämien für diesen Versicherungsschutz werden vom Auftraggeber an die Versicherer unmittelbar gezahlt und sind daher nicht Gegenstand der Angebotspreise.

14. Abnahme (§ 12)

Ab einer Auftragssumme von 10.000 EUR wird die Leistung förmlich abgenommen.

15. Abrechnung (§ 14)

- 15.1 Zu den für die Abrechnung notwendigen Feststellungen auf der Baustelle siehe Nr. 10.
- 15.2 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.
- 15.3 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.
- 15.4 Bei Aufmaß und Abrechnung sind Längen und Flächen mit zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Gewichte mit drei Stellen nach dem Komma zu berechnen. Geldbeträge sind auf zwei Stellen nach dem Komma zu runden.
- 15.5 Für fertiggestellte Teile der Leistung oder der Teilleistung hat der Auftragnehmer - unabhängig von den Aufstellungen nach § 16 Nr. 1 Abs. 1 Satz 2 - endgültige Mengenberechnungen aufgrund von Zeichnungen oder gemeinsamen Feststellungen vorzulegen.
- 15.6 Für die Abrechnung mit DV-Anlagen gelten die Bestimmungen des Auftraggebers.

16. Preisnachlässe (§§ 14 und 16)

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v.H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind.

Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel sowie Erstattungsbeträge bei vereinbarter Stoffpreisgleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

17. Rechnungen (§§ 14 und 16)

- 17.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 17.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung - gegebenenfalls abgekürzt - wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.
- 17.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 17.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

18. Stundenlohnarbeiten (§ 15)

Stundenlohnarbeiten dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers ausgeführt werden. Die mündliche Zustimmung ist im Bautagebuch nachzutragen. Der Auftragnehmer hat über Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich, spätestens jedoch am Tag nach der Ausführung der Arbeiten, Stundenlohnzettel in dreifacher Ausfertigung (1 Original und 2 Durchschriften) bei der beauftragenden Dienststelle einzureichen. Wiederholte Verstöße des Auftragnehmers gegen Vorlagepflichten begründen den Verdacht seiner Unzuverlässigkeit. Diese Stundenlohnzettel müssen außer den Angaben nach § 15 Nr. 3

- das Datum,
- die Bezeichnung der Baustelle,

- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
- die Art der Leistung,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft mit Uhrzeit, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen enthalten.

Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden.

Die Originale und eine Durchschrift der Stundenlohnzettel behält der Auftraggeber; die bescheinigte Durchschrift erhält der Auftragnehmer.

Sind Stundenlohnarbeiten mit anderen Leistungen verbunden, so sind keine getrennten Rechnungen aufzustellen.

19. Zahlungen (§ 16)

- 19.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.
- 19.2 Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag, an dem das Geldinstitut den ausführbaren Zahlungsauftrag erhalten hat.
- 19.3 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet.

Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

20. Überzahlungen (§ 16)

- 20.1 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 20.2 Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.

Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

21. Abtretung (§ 16)

- 21.1 Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftraggebers nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf alle Forderungen in voller aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaiger Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gegen ihn wirksam.
- 21.2 Eine Abtretung wirkt gegenüber dem Auftraggeber erst,
- wenn sie ihm vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrages gemäß dem Formblatt des Auftraggebers schriftlich angezeigt worden ist und
 - wenn der neue Gläubiger eine Erklärung gemäß Formblatt mit folgendem Inhalt abgegeben hat:

"Ich erkenne an,

- a) dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,
- b) dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,
- c) dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,
- d) dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber dem Auftraggeber nicht wirksam ist.

Zahlungen, die der Auftraggeber nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Zahlungsauftrages an ein Geldinstitut) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn der die Zahlung bearbeitende Kassenbeamte schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte."

- 21.3 Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.

- 21.4 Ohne Einhaltung der Abtretungsvoraussetzungen nach den Nrn. 21.1 bis 21.3 kann der Auftragnehmer Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (siehe § 354a Satz 1 HGB).

Die Forderungsabtretung entfaltet dann aber keine bindende Wirkung gegenüber dem Auftraggeber; er kann vielmehr weiterhin mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer Zahlungen leisten. Das gilt auch dann, wenn die Forderungsabtretung dem Auftraggeber angezeigt wird oder er anderweitig davon Kenntnis erlangt (siehe § 354a Sätze 2 und 3 HGB).

- 21.5 Bei Abtretungen verlängert sich die Frist des § 16 Abs. 3 Satz 1 um 1 Monat.

22. Sicherheitsleistung (§ 17)

s. 214 Besondere Vertragsbedingungen

23. Bürgschaften (§§ 16 und 17)

s. 214 Besondere Vertragsbedingungen

24. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 18)

- 24.1 Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 24.2 Alle schriftlichen Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher beglaubigter Übersetzung einzureichen.
- 24.3 Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass während der Arbeit auf der Baustelle ständig eine Person anwesend ist, die es ermöglicht, in deutscher Sprache zu verhandeln. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung trotz Mahnung durch den Auftraggeber nicht nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, einen Dolmetscher auf Kosten des Auftragnehmers heranzuziehen.

25. Erklärung zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption

Dem Bieter ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse seines Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Vergaberegister des Landes NRW führen können, eingeholt wurden. Er versichert hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die seinen Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen **könnten**¹ oder zu einem Eintrag in das Vergaberegister führen **könnten**².

Dem Bieter ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu seinem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle nach sich ziehen kann. Er verpflichtet sich, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss bzw. spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

¹ **Verfehlungen**, die in der Regel zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind - unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten - insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u. a. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung
- auch im geschäftlichen Verkehr- oder Vorteilsgewährung, das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahe stehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.

Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, u.a. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, führen dann zum Ausschluss, wenn Tatsachen auch auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten.

² **Ein Eintrag** in das Vergaberegister kann unabhängig von einem Vergabeausschluss auch erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 5 des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz-KorruptionsbG) vorliegen. Danach liegt eine Verfehlung vor, wenn durch eine natürliche Person im Rahmen einer unternehmerischen Betätigung

1. Straftaten nach §§ 331 – 335, 261 (Geldwäsche, Verschleierung illegalen Vermögens), 263 (Betrug), 264 (Subventionsbetrug), 265 b (Kreditbetrug), 266 (Untreue), 266 a (Vorenthalten/Veruntreuen von Arbeitsentgelt), 298 (illegale Absprachen bei Ausschreibungen), 299 (Bestechung/Bestechlichkeit), 108e (Abgeordnetenbestechung) StGB und nach § 370 der Abgabenordnung,
2. nach §§ 19, 20, 20 a und 22 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,
3. Verstöße gegen § 81 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere nach § 14 GWB durch Preisabsprachen und Absprachen über die Teilnahme am Wettbewerb,
4. Verstöße gegen § 16 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes,
5. Verstöße, die zu einem Ausschluss nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) oder nach § 6 Arbeitnehmer-Entsendegesetz führen können oder geführt haben,

von Bedeutung, insbesondere in Bezug auf die Art und Weise der Begehung oder den Umfang des materiellen oder immateriellen Schadens, begangen worden sind.

Ein Eintrag erfolgt bei einer Verfehlung im Sinne des Absatzes 1

1. bei Zulassung der Anklage
2. bei strafrechtlicher Verurteilung
3. bei Erlass eines Strafbefehls
4. bei Einstellung des Strafverfahrens nach § 153 a Strafprozessordnung (StPO)
5. nach Rechtskraft eines Bußgeldbescheids
6. für die Dauer der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage bei der meldenden Stelle kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht, und die Ermittlungs- bzw. die für das Bußgeldverfahren zuständige Verwaltungsbehörde den Ermittlungszweck nicht gefährdet sieht.

26. Beachtung von Mindestanforderungen der Internationalen Arbeitsorganisationen an die Arbeitsbedingungen

Dem Bieter ist bekannt, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge keine Waren verwandt werden dürfen, die unter Missachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Dies gilt auch für Waren, die im Rahmen der Erbringung von Bau- oder Dienstleistungen verwendet werden. Diese Mindeststandards ergeben sich aus:

- a. dem Übereinkommen Nr. 29 vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit (BGBl. 1956 II S. 640, 641),
- b. dem Übereinkommen Nr. 87 vom 9. Juli 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes (BGBl. 1956 II S. 2072, 2073),
- c. dem Übereinkommen Nr. 98 vom 1. Juli 1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen (BGBl. 1955 II S. 1122, 1123),
- d. dem Übereinkommen Nr. 100 vom 29. Juni 1951 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (BGBl. 1956 II S. 23, 24),
- e. dem Übereinkommen Nr. 105 vom 25. Juni 1957 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (BGBl. 1959 II S. 441, 442),
- f. dem Übereinkommen Nr. 111 vom 25. Juni 1958 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (BGBl. 1961 II S. 97, 98),
- g. dem Übereinkommen Nr. 138 vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (BGBl. 1976 II S. 201, 202),
- h. dem Übereinkommen Nr. 182 vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (BGBl. 2001 II S. 1290, 1291).

Dem Bieter sind keine Tatsachen bekannt, nach denen sein Produkt/seine Produkte unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurde/n. Er unterstützt generell die Absichten der Stadt Dortmund, dass Produzenten und Händler sich aktiv um einen Ausstieg aus der Kinderarbeit bemühen, indem sie Produkte, die unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt werden, nicht vertreiben.

27. Kartellklausel

Wenn ein Auftragnehmer zu einem Gegenstand dieser Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15% der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

28. Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.

Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund

Die nachfolgenden Regelungen gelten bei Widersprüchen nur nachrangig gegenüber Teilnahmebedingungen, spezielleren besonderen Vertragsbedingungen (BVB) und Zusätzlichen (technischen) Vertragsbedingungen (ZVB) des jeweiligen konkreten Vertrags über Liefer- und Dienstleistungen oder Bauleistungen.

A Bedingungen für die Auftragserteilung (werden mit der Auftragserteilung Vertragsbestandteil)

1. Die Leistungsbeschreibung mit den zugehörigen Anlagen (Mustern) ist verbindlich.
2. Es gelten für Leistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL, Teil B) und für Bauleistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistung (VOB, Teil B) sowie die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (VOB, Teil C).
3. Liegt dem Auftrag kein Angebot zugrunde, hat der*die Auftragnehmer*in die Annahme dieses Auftrags der Auftraggeberin schriftlich zu bestätigen. Die Auftraggeberin kann fristlos zurücktreten, wenn diese Bestätigung/ Empfangsanzeige nicht innerhalb von 10 Tagen (gerechnet vom 3. Tag nach der Aufgabe zur Post) eingeht.
4. Die Gesamtauftragssumme darf ohne schriftliche Genehmigung (Nachtragsauftrag) nicht überschritten werden. Leistungen, die nicht beschrieben sind, gelten als nicht bestellt und werden nicht vergütet.
5. Leistungen sind stets auf Rechnung und Gefahr des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin frei Verwendungsstelle durchzuführen. Die Auslieferung erfolgt grundsätzlich durch Mitarbeiter*innen des*der Händlers*Händlerin. Bei der Beauftragung von Paketdiensten und Speditionen haftet der*die Auftragnehmer*in dafür, dass diese bis zur Verwendungsstelle liefern. Erfüllungsort ist die Verwendungsstelle, wenn nichts anderes vereinbart ist.
6. Zahlungen erfolgen innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug. Wenn bei Liefer- und Dienstleistungen der Rechnungsbetrag von Rechnungen jedweder Art (Abschlagszahlungen etc.) innerhalb von 21 Kalendertagen nach Leistungserbringung bzw. Eingang der Ware und der Rechnung beglichen wird, werden 2 % vom jeweiligen Rechnungsbetrag abgezogen, sofern nichts Abweichendes vereinbart wurde.
7. Falls die Lieferung nicht eingehalten werden kann, ist die Auftraggeberin sofort - wenn möglich fernmündlich - zu unterrichten.
8. Jeder Leistung oder Bauleistung ist ein Nachweis (z. B. Lieferschein, Abnahme oder Wiegezettel) beizufügen.
9. Die Rechnung ist sofort nach Leistung in zweifacher Ausfertigung mit Empfangs- oder Ausführungsbestätigung der Leistung oder Bauleistung einzureichen. Teillieferungen werden nicht gesondert abgerechnet. Auf der Rechnung sind anzugeben: Geschäftszeichen der Auftraggeberin, Zeit der Ausführung, Wohnung oder Geschäftssitz, Fernsprechnummer und Bank- oder Postbankkonto.
10. Für die Einreichung der Rechnung bei der Stadt Dortmund kann auch der elektronische oder digitale Rechnungseingang genutzt werden. Dabei ist das bei der Stadt Dortmund festgelegte Verfahren einzuhalten.
11. Verpackungsmaterial ist vom*von der Auftragnehmer*in kostenlos zurückzunehmen und unter Beachtung der umweltrechtlichen Bestimmungen ordnungsgemäß zu entsorgen. Verpackungsmaterial sind sowohl Transportverpackungen (z.B. Paletten, Versandverpackungen, Transportsicherungen) als auch Umverpackungen (z.B. Schachtel um Dose, Blister um Schachtel) sowie Verkaufsverpackungen (z.B. Schachtel, Beutel, Flasche, Dose).
12. Die Abtretung von Forderungen des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin gegen die Auftraggeberin an Dritte ist ohne Genehmigung der Auftraggeberin ausgeschlossen.
13. Jede Änderung oder Ergänzung des Vertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.
14. Soweit der*die Auftragnehmer*in Kaufmann*Kauffrau i.S. des HGB oder juristische Person des öffentlichen Rechts ist, ist der Gerichtsstand für beide Vertragsparteien Dortmund.
15. Sollten Teile dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, berührt dies nicht die Gültigkeit der sonstigen Vertragsbestimmungen. Die Vertragsparteien verpflichten sich an die Stelle der unwirksamen Vertragsteile eine Bestimmung zu setzen, die dem wirtschaftlichen Zweck des Vertrages am nächsten kommt. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.
16. Der*die Auftragnehmer*in ist verpflichtet, die vertragliche Leistung frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten (nachfolgend Schutzrechte) Dritter zu erbringen. Für den Fall der Schutzrechtsverletzung Dritter im Zusammenhang mit der Erbringung der vertraglichen Leistung stellt der*die Auftragnehmer*in die Auftraggeberin von allen aus der Schutzrechtsverletzung resultierenden Ansprüchen frei. Dies gilt nicht für Schutzrechtsverletzungen, die auf ein unmittelbares Handeln der Auftraggeberin beruhen.
17. Der*die Auftragnehmer*in räumt der Auftraggeberin ein ausschließliches sowie räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränktes Nutzungsrecht hinsichtlich aller bekannten

und unbekannten Nutzungsarten an den von ihm im Zusammenhang mit dem vorliegenden Auftrag für die Auftraggeberin erstellten geschützten Werken (§ 2 UrhG) ein. Dies umfasst insbesondere aber nicht abschließend Gutachten, Pläne und Konzepte.

18. Soweit der*die Auftragnehmer*in zur Erfüllung seiner*ihrer vertraglichen Verpflichtungen ihm*ihr von der Stadt übermittelte personenbezogene Daten Dritter speichert oder sonst verarbeitet, verpflichtet sich der*die Auftragnehmer*in zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes NRW.
19. Alle Informationen, Geschäftsvorgänge und Unterlagen, die dem*der Auftragnehmer*in im Zusammenhang mit der vertraglichen Leistung bekannt werden, unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gegenüber Dritten. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertrages bestehen. Der*die Auftragnehmer*in legt seinen*ihren von diesem Vertrag betroffenen Mitarbeitenden eine entsprechende Verpflichtung auf, soweit nicht eine solche arbeits- oder dienstrechtlich bereits besteht.
20. Im Übrigen sind die gesetzlichen Bestimmungen für das Vertragsverhältnis maßgebend. Lieferungs- und Geschäftsbedingungen des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin finden für die Ausführung dieses Auftrags keine Anwendung.
21. Dem*der Auftragnehmer*in steht ein Zurückbehaltungsrecht an seinen*ihren Leistungen nicht zu, es sei denn seine*ihre Ansprüche sind rechtskräftig festgestellt oder unstreitig.
22. Eine Leistungserbringung für die Stadt Dortmund hat bei Tätigkeiten mit Außenwirkung unter Rücksichtnahme auf die Leitbilder der Stadt Dortmund zu erfolgen. Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit. Im Einsatz für die Stadt Dortmund dürfen daher unabhängig von der eigenen Gesinnung keine Botschaften ausgelebt und zur Schau gestellt werden, die als beleidigend, anstößig, provozierend, extremistisch oder diskriminierend empfunden werden können. Gemeint sind insbesondere auch das Auftreten bzw. Erscheinungsbild des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin, sowie seiner*ihrer Nachunternehmer*innen, aber auch indirekte Meinungsäußerungen bzw. Darstellungen wie z.B. durch Werbung bzw. Plakattierungen auf Fahrzeugen, der Kleidung, Arbeitsgeräten etc..

B Bestechungsklausel für Auftrags- und Lieferungsverträge

1. Die Auftraggeberin ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der*die Auftragnehmer*in städt. Dienstkräften, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, Geschenke oder andere Vorteile (auch Darlehen) anbietet, verspricht oder gewährt. Solche Handlungen des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die für den*die Auftragnehmer*in mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung von Verträgen mit der Auftraggeberin befasst sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Geschenke oder Vorteile an Dienstkräfte der Auftraggeberin unmittelbar oder in ihrem Interesse Angehörigen oder anderen ihnen nahestehenden Personen oder im Interesse des einen oder anderen einem anderen angeboten, versprochen oder gewährt werden.
2. Vor Ausübung des Rücktritts ist dem*der Auftragnehmer*in Gelegenheit zu geben, zu dem Tatverdacht Stellung zu nehmen.
3. Tritt die Auftraggeberin nach Abs. 1 vom Vertrag zurück, so ist sie berechtigt aber nicht verpflichtet, die empfangenen Leistungen zurückzugeben. Behält sie diese, so hat sie ihren Wert zu vergüten; werden sie zurückgegeben, so muss auch der*die Auftragnehmer*in die empfangenen Leistungen zurückgeben. Die Auftraggeberin kann vom*von der Auftragnehmer*in den Ersatz des Schadens verlangen, der ihr durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem*der Auftragnehmer*in gegen die Auftraggeberin auf Grund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.
4. Andere gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

Baumaßnahme Lanstroper Straße und Merkurstraße	Vergabenummer B532/26
Angebot für Fahrbahnsanierung, Straßenbau	

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Bau- und Abbruchabfällen sowie Baustellenabfällen

1. Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

- 1.1 Wird für die Verwertung bzw. Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle eine andere als die in der Leistungsbeschreibung genannte Lösung der Verwertung bzw. Beseitigung angeboten, hat der Bieter mit seinem Angebot mindestens nachzuweisen, dass
 - die vorgesehene Anlage die Berechtigung zu Verwertung und Beseitigung sowie zur Aufnahme des Abfalls besitzt und der Betreiber rechtsverbindlich bestätigt hat, dass er die Bau- und Abbruchabfälle abnehmen wird,
 - bei Andienungspflicht (in der Regel gefährliche Abfälle zur Beseitigung) die Bestätigung der Abfallwirtschaftsbehörde vorliegt,
 - die Kosten der Abfallverwertung in die Einheitspreise eingerechnet sind,
 - die Kosten der Abfallbeseitigung benannt sind und vom Auftraggeber unmittelbar getragen werden können.
- 1.2 Soweit in den Vergabeunterlagen gefordert, hat der Bieter zu dem von der Vergabestelle benannten Zeitpunkt die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sowie für die jeweiligen Belastungsarten und Belastungsgrade die Verwertungs- und Beseitigungsanlage zu benennen und nachzuweisen, dass
 - die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger zur Aufnahme des Bau- und Abbruchabfalls berechtigt sind und erklären, die Bau- und Abbruchabfälle abzunehmen,
 - die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sich damit einverstanden erklären, dass die Abfallwirtschaftsbehörde dem Auftraggeber Auskunft über ihre Eignung zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung erteilt,
 - die Anzeige nach § 53 KrWG erfolgt ist bzw.
 - die erforderliche Erlaubnis (§ 54 KrWG) vorliegt.

2. Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

- 2.1 Der Auftragnehmer wird sich bemühen, bei der Erbringung seiner Leistung Abfälle zu vermeiden (Bemühensklausel).
- 2.2 Der Auftragnehmer wird mit Aufnahme seiner Tätigkeit Abfallerzeuger und zugleich Besitzer der in der Leistungsbeschreibung näher aufgeführten Bau- und Abbruchabfälle. Er übernimmt die Pflichten des Auftraggebers zur Verwertung und Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen, insbesondere abfallrechtlichen Bestimmungen sowie des Standes der Technik und führt die von ihm zu erbringenden Nachweise.
- 2.3 Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um Bau- und Abbruchabfälle nach den geltenden Vorschriften getrennt zu erfassen und zu halten sowie einer sachgerechten Entsorgung zuzuführen.

- 2.4 Die nach den abfallrechtlichen Bestimmungen zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderlichen Erklärungen, Bestätigungen, Belege usw. sind dem Auftraggeber vorzulegen.

2.5 Verwertung von Abfällen

Die Abfälle sollen dem Wirtschaftskreislauf wieder zugeführt werden. Der Auftragnehmer hat mit dem Auftraggeber über die vorgesehene Verwertung Einvernehmen zu erzielen. Sämtliche recycelfähigen Baustoffe sind einer RC-Anlage zuzuführen, die der „Gütegemeinschaft Recyclingbaustoffe“ angehört.

Wiederverwertbare Altbaumaterialien (z.B. Rohre, Schienen), die bei Durchführung der Baumaßnahme anfallen, gehen in das Eigentum des Auftragnehmers über, soweit in der Leistungsbeschreibung nichts anderes bestimmt ist. Die Restwerte dieser Altbaustoffe sind bei der Bildung der Einheitspreise zu berücksichtigen.

Beabsichtigt der Auftragnehmer, die abzufahrenden Abfälle selbst zu verwerten (Übergang des Besitzes auf den Auftragnehmer), so gilt Nr. 1.

2.6 Entsorgung von nicht zum Wiedereinbau geeigneten Bodenmassen

Die Erdaushubmassen sind auf städtische Deponien zu transportieren.

Die Deponiegebühren (Wiege- und Deponierungskosten) trägt der Auftraggeber, soweit in der Leistungsbeschreibung nicht anders geregelt. Die Lade- und Transportkosten sind in die Einheitspreise der jeweiligen Positionen einzurechnen.

Soweit der vom Auftragnehmer vorgesehene Bauablauf von den Betriebszeiten der Deponien abweichende Anfahrzeiten erforderlich macht, sind diese mit der jeweiligen Deponieleitung rechtzeitig abzustimmen.

Daraus evtl. resultierende Mehrkosten hat der Auftragnehmer zu tragen.

2.7 Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen

Nicht zu verwertende Bau- und Abbruchabfälle müssen auf den städt. Deponien entsorgt werden, soweit die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Es gelten die Satzungen über

- Abfallentsorgung in der Stadt Dortmund (Abfallsatzung – AbfS) und
- die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Dortmund (Abfallgebührensatzung – AbfGS)

in den jeweils gültigen Fassungen.

Die Lade- und Transportkosten sowie die Deponiegebühren (gem. AbfGS) sind – soweit sie nicht als Besondere Leistungen in Positionen des LV beschrieben sind – in die Einheitspreise der jeweiligen Position einzurechnen.

Mehraufwendungen aufgrund von Satzungsänderungen der AbfS oder der AbfGS, die bis einen Tag vor Ablauf der Angebotsfrist bekannt gemacht wurden, werden nicht erstattet. Der Auftraggeber trägt die Kosten für evtl. gem. AbfS erforderliche Probeentnahmen und Gutachten, soweit es sich um die im LV beschriebenen Leistungen handelt.

	Vergabenummer	
	B532/26	
Baumaßnahme		
Lanstroper Straße und Merkurstraße		
Leistung		
Fahrbahnsanierung, Straßenbau		

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Bearbeitungsphasen, Datenaustausch, allgemeine Regelungen

1 Bearbeitungsphasen

Datenaustausch ist von der ausschreibenden Stelle / dem Auftraggeber vorgesehen für folgende Bearbeitungsphasen:

- Angebotsanforderung
- Angebotsabgabe
- Abrechnung.

2 Datenaustausch

Werden Angebotsdaten elektronisch ausgetauscht, erfolgt dies nach den Regelungen des Gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen – GAEB, Schnittstelle DA XML. Der Datenaustausch für die Abrechnung ist nach den Verfahrensbeschreibungen der Regelungen für Elektronische Bauabrechnung durchzuführen. Der Datenaustausch nach anderen Regelungen (z.B. Edifact) ist im Einzelfall zu vereinbaren.

Die Datenträger sind so zu kennzeichnen, dass eine eindeutige Zuordnung zum Vergabeverfahren bzw. zum Vertrag gewährleistet ist.

3 Abweichungen zwischen Datenaustauschdateien und schriftlicher Fassung

Die Datenaustauschdateien gelten als Arbeitsmittel. Bei Abweichungen zwischen den Datenaustauschdateien und der schriftlichen Fassung der Vergabe- oder Abrechnungsunterlagen gilt die schriftliche Fassung. Inhaltliche Unterschiede gegenüber dem Datenträger sind vom Unternehmer in der schriftlichen Fassung zu kennzeichnen.

Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Die weiteren Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt. Hierzu vereinbaren die Parteien Folgendes:

1. Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen

1.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet,

a) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich

- eines nach dem Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages,
- eines nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder
- einer nach den §§ 7, 7a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnung unterfällt,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die in dem Tarifvertrag oder der Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden.

b) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene (§ 1 Abs. Absatz 3 TVgG) seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen nachvollziehen.

c) bei der Ausführung der Leistung seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) wenigstens ein Entgelt in Höhe des allgemeinen Mindestlohns, nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen. Diese Pflicht gilt auch, sofern das

gemäß lit. a) und b) zu zahlende Entgelt das Mindeststundenentgelt nach dem Mindestlohngesetz unterschreitet.

- 1.2. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die bei der Ausführung des Auftrags beteiligten Nachunternehmen die in Ziffer 1.1. genannten Pflichten ebenfalls einhalten.
- 1.3. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nur, sofern die ausgeschriebene Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nicht für Auftragnehmer, die unter § 224 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie § 226 des Neunten Sozialgesetzbuches fallen.

2. Kontroll- und Prüfrecht

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen während der Auftragsausführung zu überprüfen. Hierzu ist der Auftragnehmer verpflichtet,

- a) dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen zweifelsfrei ergibt. Sofern diese Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, erfolgt die Vorlage in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts.
- b) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

3. Kündigung aus wichtigem Grund; Vertragsstrafe

- 3.1. Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist unter anderem kündigen,
 - a) wenn der Auftragnehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. verletzt,
 - b) wenn der Auftragnehmer nicht sicherstellt, dass die Nachunternehmen eine Pflicht aus Ziffer 1. einhalten oder
 - c) wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten aus Ziffer 2. nicht nachkommt.
- 3.2. In den in Ziffer 3.1. genannten Fällen, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den Auftraggeber ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadensersatz des Auftraggebers angerechnet.
- 3.3. Im Übrigen berühren Ziffer 3.1. und 3.2. nicht die weiteren Rechte der Vertragsparteien.

Baustellenbezogene Vertragsbedingungen als Ergänzung zu den ZVB (VHB FB 215)

Fahrbahnsanierung Merkurstraße/ Lanstropstraße 2026/2027

0.0 Hinweise / Neuerungen:

Temperaturabgesenkte Asphalte (TA-Asphalt)

Ab dem **01.01.2027** sind die neuen Regelwerke – **Arbeitsplatzgrenzwerte für Dämpfe und Aerosole aus Bitumen, TL VBit-StB, ZTV-Asphalt-StB 26** sowie die **TL Asphalt-StB 26** – verbindlich zu berücksichtigen.

Die Auswahl und Angabe der einzusetzenden Technologie (Schaumbitumen/Zugabe Zusatz an Asphaltmischanlagen/gebrauchsfertig Viskositätsverändertes Bitumen) und/oder des Produkts erfolgt im Rahmen des Angebots durch den Auftragnehmer, und ist von diesem im Eignungsnachweis anzugeben.

Für den Eignungsnachweis ist das Formular aus der ZTV Asphalt-StB 26 Teil 1, Anhang D zu verwenden.

Ersatzbaustoffverordnung

Mit Einführung der neuen Ersatzbaustoffverordnung wurden die Leistungspositionen zum Aushub von Böden und vorhandenen Oberbauten geändert. Die Änderungen sind den einzelnen Leistungspositionen, deren Vortexten sowie dem Pkt. 4.13 „Bestandsuntersuchung“ zu entnehmen.

1.0 Allgemeines

Grundsätzlich sind die Arbeiten nach den aktuellen Richtlinien des Tiefbauamtes auszuführen. Mit dem Vertragsabschluss wird seitens des AG ein kontinuierliches Bauen erwartet.

Die Bauleistungen gliedern sich wie folgt:

Teil A – Straßenbau

Merkurstraße/ Lanstropstraße

Fahrbahnsanierung von zwei Straßen und der höhenmäßigen Anpassung aller im Baufeld befindlichen Bauteile.

Merkurstraße	ca. 1200 m ²	Gehweg ca. 120 m ²
Lanstropstraße	ca. 9500 m ²	Gehweg ca. 200 m ²

Für die Angebotsabgabe mittels GAEB-Datei (sowie für die Erstellung von Nebenangeboten und Nachträgen) gilt die vom AG vorgegebene OZ-Hierarchie.

Die Stadtverwaltung Dortmund wird bei Bedarf die Baumaßnahme in ihrem Internetauftritt als laufende Baumaßnahme mit entsprechenden Zusätzen/Erklärungen aufnehmen. Dazu gehört u.a. auch eine zentral erreichbare Rufnummer des AN.

1.1 Verwendete Abkürzungen

AG	= Auftraggeber
AN	= Auftragnehmer
LV	= Leistungsverzeichnis
BA	= städt. Bauaufsicht
NU	= Nachunternehmer
DEW21	= Dortmunder Energie und Wasser
DONETZ	= Dortmunder Netz GmbH

2.0 Beschreibung der Baustelle

Dem Bieter wird eine Besichtigung der Örtlichkeit vor Abgabe des Angebotes dringend empfohlen. Spätere Nachforderungen des Auftragnehmers, die auf Unkenntnis der Örtlichkeit beruhen, werden nicht anerkannt.

Hinweis: Alle Anlagen auf, die im Leistungsverzeichnis verwiesen werden, beziehen sich auf die Anlagen der „baustellenbezogenen Vertragsbedingungen“.

Beschreibung der durchzuführenden Arbeiten:

Mit der Baufeldübergabe beginnt für den AN die Verkehrssicherungspflicht für das übergebene Baufeld, die hierfür benötigten zusätzlichen Absperrmaterialien sind in der Position Verkehrssicherung einzurechnen.

Die Arbeiten werden in mehreren Abschnitten nacheinander erfolgen.

Ein angefangener Abschnitt wird erst komplett fertiggestellt, bevor ein andere Angefangen wird.

Eine Reihenfolge der zu bearbeitende Abschnitte wird in Abstimmung mit der verkehrlichen Abteilung der Stadt Dortmund und dessen Verkehrsrechtlicher Anordnung vorgegeben.

Merkurstraße	ca. 1.200 m ²
Lanstroperstraße	ca. 9.500 m ²

Merkurstraße ca. 1200 m² Fahrbahn

Im Rahmen der Maßnahme wird die vorhandene, Fahrbahnbefestigung auf einer Fläche von ca. 1200 m² (ca. 235,00 m lang u. 5,20 m breit) aufgenommen. Die Fahrbahn wird bis zu einer Tiefe von ca. 14 cm abgetragen und mit einer ca. 10 cm neue bituminöse Tragschicht (AC 22 TS) sowie einer neue Asphaltdeckschicht (AC 8 D S) in einer Dicke von ca. 4,0 cm ersetzt. Diese Arbeiten erfolgen gemäß des neuerstellten Deckenbuches.

Randanlagen

- Im Rahmen der Maßnahme wird außerdem beidseitig die einreihige Rinne auf einer Gesamtlänge von ca. 470 m aufgenommen und durch eine neue Rinne ersetzt.
- Für das versetzen der Randanlagen muss ein Schlitz (b= 50cm) im ungebundenen Oberbau hergestellt werden.
- Im Bereich der Parkflächenmarkierung wird der Naturbordstein (ca. 50 m) aufgenommen und seitlich gelagert, um die Bordsteine im Anschluss abzusenken. Hierfür wird ein Schlitz (b= 70cm) hergestellt.

Anbei sind folgende Maßnahmen an den Straßenentwässerungseinläufen (SK) durchzuführen:

Erneuerung der Sinkkästen

- **Austausch der Sinkkastenabdeckungen:** Bei 3 Sinkkästen werden die Abdeckungen getauscht.

Schächte

- Die in der Fahrbahn befindliche Schachtrahmen (5 Stk.) werden ausschließlich im Bohrverfahren der neuen Fahrbahndecken höhenmäßig angeglichen und der Aufsatz ausgetauscht.

Schieberkappen

- Auch werden alle in der Fahrbahn befindlichen Versorgungskappen Gas-u. Wasser (17 Stk.) aufgenommen und anschließend gemäß des neuerstellten Deckenbuches (für die neue Fahrbahndecke) höhenmäßig wieder eingebaut. (Kein Bohrverfahren)

Gehweg

- Der Gehweg muss auf einer Länge von ca. 100 m und ca. eine Breite von 1,90 m eine 0/5 Asphaltdecke eingebaut werden.

Markierung

- Vorhandene Markierung muss wieder hergestellt werden

Feuerwehruzufahrt

- Die Feuerwehruzufahrt muss zu jeder Zeit befahrbar bleiben, hier sind Stahlplatten vorzuhalten, um die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr zu jeder Zeit sicherzustellen.
Für die Asphaltarbeiten (2 Tage) können die Einsatzfahrzeuge außerhalb des Baufeldes untergebracht werden.
Die Feuerwehr muss vor Beginn der Arbeiten zwingend informiert werden und auf Stand gehalten werden.

Lanstroper Straße ca 9500 m²

Im Rahmen der Maßnahme wird die vorhandene, Fahrbahnbefestigung auf einer Fläche von ca. 9.500 m² (ca. 1500,00 m lang und ca. 6,30 m breit) aufgenommen. **Der Abschnitt von HSNR 176 bis ca. HSNR 267 (länge ca. 630 m, 3800 m²) ist das Material Teerhaltig und muss gesondert abtransportiert werden.** Die Fahrbahn wird bis zu einer Tiefe von ca.14 cm abgetragen und mit einer ca.10 cm neue bituminöse Tragschicht (AC 22 TS) sowie einer Asphaltdeckschicht (AC 8 D S) in einer Dicke von ca. 4,0 cm ersetzt. Diese Arbeiten erfolgen gemäß des neuerstellten Deckenbuches.

Randanlagen (Beginn von der Merkurstraße in Richtung Lünen)

- linke Seite 2-reihige Rinne im Baufeld durch ein Bord R2 und einer Rinne ersetzen
- rechte Seite Bordrinne setzten
- vor HSNR 124 bis HSNR 130 wird die 2- reihige Rinne durch ein R2 mit Bordrinne ersetzt
- vor HSNR 160 wird die Bordanlage und die Rinne ersetzt
- ab HSNR 161 neue Bordrinne setzten
- bei HSNR 176 Bordanlage mit Rinne ersetzen und Pflaster angleichen
- ab HSNR 199 neue Bordrinne setzten
- bei HSNR 224 neue Bordrinne setzten
- Ab der Straße Wasserfuhr rechte Seite Rinne aufnehmen und durch ein R2 mit Rinne ersetzen
- HSNR 267 neue Bordrinne setzten
- HSNR 283 Rinne aufnehmen und durch ein R2 mit Rinne ersetzen
- HSNR 288 Rinne aufnehmen und durch ein R2 mit Rinne ersetzen
- HSNR 298 Rinne aufnehmen und durch ein R2 mit Rinne ersetzen
- HSNR 303 Rinne aufnehmen und durch ein R2 mit Rinne ersetzen
- Für das versetzen der Randanlagen muss ein Schlitz (b= 50cm bis 0.70m) im ungebundenen Oberbau hergestellt werden.

Anbei sind folgende Maßnahmen an den Straßenentwässerungseinläufen (SK) durchzuführen:

Erneuerung der Sinkkästen, Straßenseitengräben und Bankette

- **Austausch der Sinkkasten Abdeckungen:** Bei 18 Sinkkästen werden die Abdeckungen getauscht
- HSNR 130: Sk muss versetzt werden die Leitung wir bis zum Kanal ausgetauscht
- HSNR 160: beide Sk's müssen neu im Gehweg an den Verrohrten Straßenseitengräben angeschlossen werden

Straßenseitengräben und Bankette

- Ggü HSNR 130: Bankette abziehen und Graben wieder herstellen
- ab HSNR 161: Bankette abziehen und Graben wieder herstellen
- ab HSNR199: Bankette abziehen
- HSNR 288: beidseitig Bankette abziehen und Graben wieder herstellen

Schächte

- Die in der Fahrbahn befindliche Schachtrahmen (17 Stk.) werden ausschließlich im Bohrverfahren der neuen Fahrbahndecken höhenmäßig angeglichen und der Aufsatz ausgetauscht.

Schieberkappen

- Auch werden alle in der Fahrbahn befindlichen Versorgungskappen Gas-u. Wasser (32 Stk.) aufgenommen und anschließend gemäß des neuerstellten Deckenbuches (für die neue Fahrbahndecke) höhenmäßig wieder eingebaut. (Kein Bohrverfahren)

Gehweg

Außerhalb des Baufeldes können keine Lagerflächen seitens des AG zur Verfügung gestellt werden. Dementsprechend ist die Lagerung von Materialien und Maschinen nur im entsprechenden Maße innerhalb der Baustelle möglich. Diese Umstände sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und mit einzurechnen.

a) Lage der Baustelle:

Die Lanstroper Straße liegt im nordöstlichen Stadtteil Lanstrop direkt an der Stadtgrenze von Lünen. Sie ist eine wichtige Verbindungsstraße. Entlang der Lanstroper Straße liegen viele Grundstücks- und Feldzufahrten.

Die Merkurstraße verläuft im östlichen Stadtgebiet und ist in einem Wohngebiet eingebettet. Hier handelt es sich um eine ruhige Anlieger / Wohnstraße wo auch das Feuerwehrgerätehaus angesiedelt ist.

Auch hat der ausgeschriebene Bereich ganztätig ein dem der Lage entsprechendes Fußgängeraufkommen.

Darüber hinaus, müssen alle anliegenden wie auch im Baufeld befindlichen Gebäude aller Art während der gesamten Bauzeit deutlich erkennbar zu erreichen sein. Hierzu sind geeignete Provisorien, wie Brücken, Stahlplatten, Anrampungen etc. mehrfach ein-, aus- wie umzusetzen, die es jedem Bürger erlauben, zu Fuß, im Rollstuhl, mit einem Kinderwagen, dem Fahrrad oder mit einem KFZ auf kürzesten Wegen seine Ziele sicher und sauber erreichen zu können.

Während der Arbeiten ist der zuvor genannten Verkehre sowie die Fußgängerverkehre entsprechend dem der Ausschreibung beiliegenden Regelplans (Umleitung) zu gewährleisten. Diese Erschwernisse müssen miteingeplant und in die jeweiligen Einheitspreise eingerechnet werden.

Aufgrund der Umleitung und der daraus resultierenden weiteren Verdichtung der Verkehre, kann diese zu ungewollten Verzögerungen (durch Stau) bei der Beschickung des Baufeldes führen. Diese Umstände sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und mit einzurechnen.

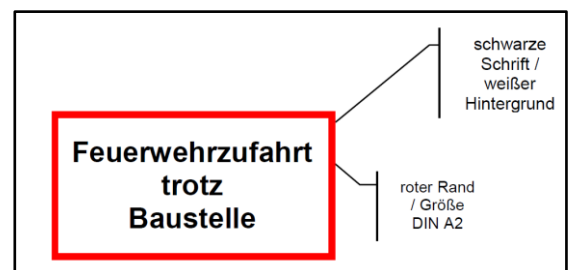
Die Baustelle befindet sich in einem Bereich, in dem mit einem Methangasaustritt zu rechnen ist. Dementsprechend sind hier die aktuellen Vorschriften der Berufsgenossenschaft (DGUV Regel 101-004), sowie die Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen (RAB 10) zu beachten und die anfallenden Kosten der erforderlichen Schutzmaßnahmen (Betrieb eines geeigneten Gaswarnmessgerätes etc.) in die Einheitspreise der LV-Positionen einzurechnen.

a) Auflagen der Feuerwehr:

Feuerwehrschild

nach DIN 4066 aus Kunststoff oder Aluminium:

Das genannte Schild ist während der gesamten Arbeiten im Bereich gut sichtbar aufzustellen.



b) Stolpersteine:

Im Baufeld befindet sich vor Hs.Nr. ein s.g. Stolperstein. Im Zuge der Aufnahme des vorhandenen Oberbaus ist in Abstimmung mit dem AG der Stolperstein zu sichern. Der Stolperstein ist zur Einlagerung dem Straßenbetrieb 66/6 zu übergeben, Ansprechpartner ist: Herr Böse, Telefon: 50-25988. Im Rahmen der Wiederherstellung des Gehweges /der Mischverkehrsfläche ist der Stolperstein entsprechend wieder zu setzen. Die Lage ist durch GPS-Koordinaten vor der Aufnahme zu sichern, so dass der Stein Punktgenau wieder

gesetzt werden kann. Im Rahmen der Abnahme ist durch ein Foto zu dokumentieren, dass der Stein wieder gesetzt wurde. Die hierbei entstehenden Kosten sind in die Einheitspreise der Aushubpositionen einzurechnen.

- Hinweis für Ausschreibende:
Auswahl der Textstelle nach Bedarf

2.1 Ausführung des Oberbaues

Entsprechend der "Richtlinien für den Straßenbau in Dortmund" ist die folgende Oberbaukonstruktion vorgesehen.

Fahrbahn (Bk 1,0) : AC 22 TN, ca. 250 kg/m² ca. 10 cm
AC 08 DN, ca. 100 kg/m² ca. 4,0 cm

Gehweg : AC 22 DN, ca. 175 kg/m² ca. 7,0 cm
AC 5 DL, ca. 3,0 cm

Parkfläche (Bk) : kg/m² ca. cm

Überfahrten : kg/m² ca. cm

2.2 Informationsschreiben

Der AN hat vor Baubeginn und nach Aufforderung durch den AG die betroffenen Anlieger über die jeweiligen durchzuführenden Bautätigkeiten in Form eines Informationsschreibens in Kenntnis zu setzen.

Die Informationsschreiben werden in Zusammenarbeit mit dem AG erstellt und sind vom AN zu vervielfältigen und an die betroffenen Anlieger zu verteilen.

Die Schreiben sollten DIN A 4 Blattgröße erhalten und in ca. Exemplaren erstellt werden. Die hierbei entstehenden Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

2.3 Baustellenverordnung

- Hinweis für Ausschreibende:
Auswahl der Textstelle je nach Bedarf, entweder (a) oder (b)

- (a) Der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator wird gem. der Baustellenverordnung (BaustellV) vom 16.06.1998 (siehe RAB 30) seitens des AG gestellt.

Die erforderliche Vorankündigung (größer 30 Arbeitstage und 20 Beschäftigte oder 500 Personentage) wird seitens des AG angefertigt. Hierzu ist die Mitwirkung des AN erforderlich.

Die vom AN gewählten Arbeitsweisen und Verfahren der Baumaßnahme sind mit dem Koordinator abzustimmen.

Als Basis der Koordination hat der AN 14 Tage vor Baubeginn der Arbeiten die Gefährdungsbeurteilung und einen detaillierten Bauzeitenplan, sowie die erforderlichen arbeitssicherheitsrelevanten Nachweise und Angaben zu den verantwortlichen Personen vorzulegen.

Diese Abstimmung und Koordination der Arbeitsvorgänge mit dem AG bzw. dessen Koordinator entbindet den AN nicht von seiner Verantwortung für die Arbeitssicherheit auf der Baustelle.

- (b) Seitens des Bauherren ist es bei dieser Baumaßnahme nicht notwendig, die Forderung der Baustellenverordnung (BaustellV) vom 16.06.1998, § 3, umzusetzen.

Nach Prüfung des Umfangs, der Art der Arbeiten und weil der AN der alleinige Arbeitgeber bei der Baumaßnahme ist, wird auf die Bestellung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators verzichtet.

Sollte der AN wider erwartend einen Nachunternehmer einsetzen, ist ein externer Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator nach RAB 30 vom AN zu stellen. Die Bestellung eines Koordinators durch den AN wird nicht gesondert vergütet. Dieser Koordinator ist dem AG schriftlich zu benennen.

Die vom AN gewählten Arbeitsweisen und Verfahren der Baumaßnahme sind mit dem Koordinator abzustimmen.

Als Basis der Koordination hat der AN 14 Tage vor Baubeginn der Arbeiten die Gefährdungsbeurteilung und einen detaillierten Bauzeitenplan, sowie die erforderlichen arbeitssicherheitsrelevanten Nachweise und Angaben

zu den verantwortlichen Personen vorzulegen.

Diese Abstimmung und Koordination der Arbeitsvorgänge mit dem AG bzw. dessen Koordinator entbindet den AN nicht von seiner Verantwortung für die Arbeitssicherheit auf der Baustelle.

2.4 Bauzeitenplan

Spätestens 14 Tage nach Auftragserteilung ist vom AN ein detaillierter Bauzeitenplan vorzulegen, um die Gesamtmaßnahme in dem vorgegebenen Finanzierungs- und Zeitrahmen abschließen zu können. In diesem Plan sind die Arbeiten sämtlicher am Bau beteiligten Gewerke zu berücksichtigen. Dazu gehört auch die Verlegung von Kabeln und Leitungen anderer Versorgungsunternehmen, die nicht an dieser Ausschreibung beteiligt sind. Der Plan ist vor Beginn der Bauarbeiten mit dem AG abzustimmen und in wöchentlichen Abständen zu überprüfen und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die hierbei entstehenden Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

2.5 Transport- und Logistikkonzept für Asphaltmischgut

Der AN hat ab einer Gesamteinbaufläche von **2.000 m²** ein Transport- und Logistikkonzept vorzulegen, das mindestens folgende Punkte umfasst:

Transportorganisation:

- Sicherstellung eines kontinuierlichen, unterbrechungsfreien Mischgutflusses
- Einsatz geeigneter Transportfahrzeuge gemäß TA- Asphalt
- Fahrzeuge müssen über isolierte Mulden verfügen
- Dokumentation der Abfahrts- und Anfangszeit

Temperaturmanagement:

- Einhaltung der zulässigen Transporttemperatur gemäß TL Asphalt StB
- Bei Unterschreitung der Mindesttemperatur ist die Verwendung untersagt

Transportwege und Zeitfenster:

- Darstellung der Transportwege
- Maximale Transportzeit gemäß TA- Asphalt

Sauberkeit und Sicherheit

- Fahrzeuge müssen sauber, trocken und frei von Verunreinigungen sein
- Keine Trennmittel, die das Bindemittel beeinträchtigen

Nachweisführung

Der AN führt folgende Nachweise:

- Lieferscheine mit Zeitstempel
- Temperaturprotokolle
- Dokumentation der Transportkette

Die Unterlagen sind der Bauleitung vorzulegen. Der Umfang wird im Bauanlaufgespräch festgelegt.

2.6 Ausführungsunterlagen

Nach Auftragsvergabe werden folgende Unterlagen an den AN übergeben:

- Lageplan
- Höhenplan

- Regelquerschnitt
- Querprofile
- Deckenbücher

Die übergebenen Unterlagen sind vom AN zu prüfen. Festgestellte Fehler sind dem AG unverzüglich mitzuteilen.

3.0 Baustelleneinrichtung

Flächen für die Baustelleneinrichtung können vom AG nicht zur Verfügung gestellt werden und müssen angemietet werden.

Die Kosten für die Baustelleneinrichtung sind in die Einheitspreise der LV-Positionen einzurechnen.

3.1 Bauwagen - Unterkünfte - Container

Es dürfen nur Bauwagen, Unterkunftswagen und Container in guten baulichen Zustand, außen neu gestrichen, aufgestellt werden.

3.2 Toiletten

Sanitäre Einrichtungen sind in ausreichendem Maße vorzusehen, sie müssen an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden und sind gegen Einsicht - auch aus den umliegenden Häusern - zu schützen.

Sollte ein Anschluß an das öffentliche Kanalisationsnetz nicht möglich sein, so ist die Abwasserbeseitigung mit der BA abzustimmen.

3.3 Wasser- und Stromversorgung

Die Herstellung der Wasser- und Stromanschlüsse, sowie aller anderen erforderlichen Installationen, sind ohne besondere Vergütung Sache des AN.

Nähere Auskünfte erteilen die zuständigen Versorgungsunternehmen. Die Kosten für die verbrauchten Wasser- und Strommengen trägt der AN.

3.4 Firmenschilder

Firmenschilder des AN dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung der städt. Bauleitung aufgestellt werden und müssen in Form und Gestaltung einheitlich sein.

3.5 Zufahrten

An- und Abfahrtswege sind während der Bauzeit vom AN auf eigene Kosten sauber zu halten.

3.6 Städt. Baubüro

Die benötigte Fläche für das Baubüro kann vom AG nicht zur Verfügung gestellt werden und muss auf Kosten des AN beschafft werden.

4.0 Regelungen zum Bauablauf

Es ist seitens der Stadt Dortmund geplant, die Sanierungsstrecke (Lanstroper Straße) in **3 Einzelabschnitten unabhängig voneinander** fertigzustellen. Für die Merkurstraße ist 1 Bauabschnitt geplant.

Entsprechende Verkehrsregelpläne zu den 4 Bauabschnitten der vorzusehenden Verkehrsführung sind der Ausschreibung beigelegt.

Fertigstellung eines Bauabschnittes vor Beginn des nächsten Bauabschnittes unter Berücksichtigung der beiliegenden Verkehrsregelpläne.

Folgendes ist in die Einheitspreise mit einzukalkulieren:

- **Die eventuell erforderlichen Wochenendarbeiten**
- **Der eventuell erforderliche werdende Einsatz von mehreren Kolonnen, mehreren Maschinen und die Umsetzung mehrerer Gewerke parallel und gleichzeitig**

Dadurch ergibt sich, dass die o.g. Punkte nicht gesondert vergütet werden.

Nachträgliche Forderungen gleich welcher Art werden seitens des AG nicht anerkannt.

Die vorgenannte besondere Regelung zum (**erschweren**) **Bauablauf** und **die daraus resultierenden Erschwernisse**, sind miteinzuplanen und in die jeweiligen Einheitspreise **miteinzurechnen bzw. einzukalkulieren**. Auch der **mehrmalige, vielfache u. erschwerte** An- und Abtransport von Baugeräten, Baustoffen Verkehrsführung, Beschilderungen, Baustellenabsicherungen ist einzuplanen und in die jeweiligen Einheitspreise **miteinzurechnen bzw. einzukalkulieren**.

Das Versetzen von Geräten, Werkzeugen, Baustoffen und sonstigen Betriebsmitteln nach Abschluss eines jeden Abschnitts zum Transport in den darauffolgenden Bauabschnitt ist in den Einheitspreisen der OZ 310.1.1.10 miteinzurechnen bzw. einzukalkulieren.

Die Zufahrten zu den anliegenden Grundstücken – 15 Stück - sind in jeder Bauphase (nach Aushub / nach Einbringen der Frostschutzschicht / nach Einbringen der Schottertragschicht / nach Einbringen der Asphalttragschicht) anzurampen. Der hieraus resultierende Aufwand für das Erstellen / Aufnahmen der Rampen ist in die Einheitspreise einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Während der Bauarbeiten ist sicherzustellen, dass die Müllabfuhr reibungslos funktioniert. Sollten die Müllfahrzeuge die Baustelle nicht ungehindert passieren können, sind die Mülltonnen am Tage der Entleerung vom AN zu einem Sammelplatz, den die Müllabfuhr ungehindert erreichen kann, zu stellen und nach der Entleerung wieder zurückzubringen. Der Aufwand ist entsprechend des Tourenplanes der EDG ebenfalls in die Einheitspreise der OZ 310.1.01.10 einzukalkulieren.

In jedem Bauabschnitt sind ca. 15 Mülltonnen je Abfallart zum Sammelpunkt und zurück gemäß Tourenplan der EDG zu transportieren. Die Wegstrecke zur Sammelstelle außerhalb der Baustelle beträgt maximal 150 m.

Tourenplan der EDG für (Bereich(e)))

- Restmüll tägl.
- Bio tägl.
- Papier -wöchentl.
- Wertstoff tägl.

- Hinweis für Ausschreibende:
Die vorgegebenen Texte sind projektbezogen anzupassen.

4.1 Verkehrssicherung, Verkehrsführung

Die erforderliche Sicherung des Arbeitsstellenbereiches gemäß ZTV-SA, der StVO und den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO hat der AN zu veranlassen. Sie erfolgt in Anlehnung an die Regelpläne:

- Nr.: der Stadt Dortmund
- Nr.: der RSA

- Hinweis für Ausschreibende:
Ausgewählte Regelblätter zur Baubeschreibung beilegen!

Die erforderliche Sicherung des Arbeitsstellenbereiches gemäß ZTV-SA, der StVO und den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO hat der AN zu veranlassen. Sie erfolgt in Anlehnung an der Ausschreibung anhängender Verkehrszeichenpläne.

Fußgänger und Radfahrer sind immer sicher und eben durch die Baustelle zu führen. Bei der Einrichtung der Verkehrssicherung ist sicherzustellen, dass insbesondere Menschen mit Beeinträchtigungen, d.h. mit eingeschränktem Wahrnehmungsvermögen oder mit reduzierter Mobilität den Baustellenbereich selbständig durchqueren können. Die hierfür anfallenden Kosten und Erschwernisse sind in die Einheitspreise der jeweiligen LV-Positionen einzukalkulieren.

Dem AN obliegt ferner die volle Verkehrssicherungspflicht auf den in den Ausschreibungsunterlagen ausgewiesenen Flächen. Sie beginnt mit dem Zeitpunkt der Inanspruchnahme und endet zu dem Zeitpunkt nach Abschluss aller Bauarbeiten, an dem die Abnahmebescheinigung (EFB-ABnB 1 und 2) von beiden Parteien unterzeichnet worden ist.

Zur Freihaltung des Fahrbahnrandes/Parkstreifens vom ruhenden Verkehr im Arbeitsbereich ist eine Halteverbotszone mittels Vz. 283-10 und Vz. 283-20 zu kennzeichnen. Die Zusatzzeichen 1052-37 sind unterhalb der Vz. 283 anzubringen. Die vollständige Beschilderung ist mindestens 72 Stunden vor der gewünschten Gültigkeit deutlich sichtbar aufzustellen.

Die Standorte der Verkehrszeichen und der Aufstellungszeitpunkt sind vom Aufsteller mit dessen Name und Vorname, Firma, Adresse, Datum, Uhrzeit und gut erkennbaren Fotos zu dokumentieren und der Verkehrsüberwachung am Tag der Aufstellung – mindestens jedoch 72 Stunden vor der gewünschten Gültigkeit – per E-Mail oder Fax (verkehrsueberwachung@stadtdo.de / Fax 0231 / 50 – 2 – 64 – 27) zu übersenden. Ohne diesen Nachweis kann die Durchsetzbarkeit dieser Anordnung (z.B. Abschleppmaßnahmen) nicht gewährleistet werden.

Hinweis: Der Einsatz der Verkehrsüberwachung zur Durchsetzung des Halteverbotes erfolgt unter Berücksichtigung der personellen Ressourcen am Einsatztag.

Der Aufwand für das Freihalten von Verkehrsflächen, die für die auszuführenden Arbeiten benötigt werden (z.B. durch das Aufstellen von Halteverbotsschildern, etc.), ist in die Position der Verkehrssicherung einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Zusätzlich sollen 2 Wochen vor Baubeginn 3 Schilder (100/150 cm) mit der Aufschrift Baustelleninformation aufgestellt werden.

Siehe beigefügtes Foto:



In diesem Foto fehlt noch der Qr-Code dieser wird dem AN bei der Beantragung der Sperrgenehmigung vom AG übermittelt.

Im Rahmen eines Bauvorhabens wird die Anfertigung und Lieferung von **4 Baustellenschildern** ausgeschrieben, die ab dem Beginn der Baumaßnahme aufgestellt werden. Drei Schilder sind in den Maßen 200x150 cm vorgesehen. Alle Schilder sollen die folgende Beschriftung erhalten.

- Der Text auf allen Schildern muss die folgenden Informationen enthalten:
 - „**Hier baut die Stadt Dortmund**“
 - Name der Baumaßnahme (inklusive einer kurzen Beschreibung der Maßnahme)
 - Alle Straßen, die im Rahmen der Baumaßnahme gebaut werden
 - Ungefähre Bauzeit der Gesamtmaßnahme
 - Kontaktangaben zu Auftraggeber und Auftragnehmer mit Telefonnummern
- Die Schrift muss gut lesbar und wetterfest sein.

Der **Auftragnehmer** hat die Bauschilder **vor Baubeginn dem Auftraggeber zur Musterung zu präsentieren**. Erst nach der Freigabe des Musters durch den Auftraggeber darf mit der endgültigen Produktion und Lieferung der Schilder begonnen werden. Diese 4 Schilder (100/150 cm) vor Baubeginn und die 4 Schilder (150/200 cm) ab dem Baubeginn sind in die Pos. 315.2.1.10 mit einzurechnen.

4.2 Versorgungsleitungen und Kabel

Über das Vorhandensein und die Lage von Leitungen und Kabeln im Baustellenbereich hat sich der AN bei den zuständigen Verwaltungen und Behörden vor Beginn der Bauarbeiten zu unterrichten.

Alle notwendigen Abstimmungsgespräche sind mit der BA durchzuführen.

Der AN ist außerdem verpflichtet, beim Aushub mit der nötigen Sorgfalt und Umsicht zu verfahren, um auch unbekannt liegende Leitungen nicht zu beschädigen. Spätere Einwände, die sich auf Unkenntnis der Verhältnisse stützen, berechtigen nicht zu Nachforderungen.

Bei allen Arbeiten, die im Zusammenhang mit Ver- bzw. Entsorgungsleitungen stehen, sind die Merkblätter, Arbeitsanweisungen und Schutzvorschriften der einzelnen Versorgungsträger bzw. des Eigenbetriebes Stadtentwässerung (EB 70) genau zu beachten. Die Beschaffung der o.g. Unterlagen ist Sache des AN.

Die Kosten für die Beseitigung evtl. auftretender Schäden an Kabeln und Leitungen, die durch die Bauarbeiten entstehen, hat der AN zu tragen.

Ramm-, Bohr- und Verbauarbeiten in unmittelbarer Nähe von Leitungen sind vom AN den entsprechenden den Ver- und Entsorgungsunternehmen rechtzeitig anzuzeigen.

Notwendige Schutzmaßnahmen sind abzusprechen.

Neu- oder Umlegungsarbeiten der Versorgungsbetriebe sind vom AN zu koordinieren.

Evtl. Behinderungen oder Wartezeiten bedingt durch Arbeiten der Versorgungsunternehmer werden vom AG nicht vergütet.

4.3 Straßenbeleuchtung

Eventuell entstehende Kosten durch Behinderungen, verursacht durch das Aufstellen bzw. das Umsetzen von Beleuchtungsanlagen während der Bauzeit werden nicht gesondert vergütet. Die Arbeiten werden von den durch den „Betriebsdienstleiter Straßenbeleuchtung“ oder der DONETZ beauftragten Firmen ausgeführt. Die notwendigen Arbeiten sind vom AN mit dem „Betriebsdienstleiter Straßenbeleuchtung“ oder der DONETZ und den von dem „Betriebsdienstleiter Straßenbeleuchtung“ oder der DONETZ beauftragten Firmen abzustimmen und im Arbeitsablauf zu berücksichtigen.

4.4 Bautätigkeit durch andere Unternehmer

Der AN hat keinen Anspruch auf Vergütung für evtl. Behinderungen, die durch mangelnde Abstimmung mit anderen Unternehmern bedingt sind (wie z.B. Leitungsverlegungen, Höhenregulierungen von Einbauten etc). AG dieser Unternehmer können sowohl die Stadt Dortmund als auch die zuständigen Versorgungsbetriebe (DONETZ, DEW21, T-Com, DOKOM21 etc.) sein.

4.5 Straßenentwässerung

Sämtliche Anschlüsse der Straßenentwässerung an bestehende Entwässerungskanälen oder an vorhandene Einsteigeschächte müssen vom Kanalbetrieb abgenommen werden. Die Abnahme ist rechtzeitig zu beantragen.

Kanalbetrieb (70/4-5-1): Telefon: 50-29054

Die Lage der neu gesetzten Straßenabläufe ist digital mit Koordinaten nach UTM zu dokumentieren und dem AG in digitaler Form (DXF-Format) zu übergeben.

4.6 Baumscheiben, Straßenbegleitgrün und Baumschutz

Alle durch den AN hergestellten Baumscheiben und sonstigen Grünflächen sind bei Erstellung durch den zuständigen städtischen Grünpflegebetrieb abnehmen zu lassen. Die Abnahme ist rechtzeitig zu beantragen.

Während des gesamten Bauablaufs sind zwingend die **DIN EN 18920** (Schutz von Bäumen auf Baustellen) und die **R SBB** in der zur Zeit dieser Ausschreibung gültigen Fassung zu beachten.

Bei dieser Baumaßnahme ist mit durchwurzelter Bereichen im Baufeld zu rechnen. Hier sind die Aushubarbeiten in **Handschachtung** oder mit dem **Saug-Spülverfahren** vorzunehmen, die Aushubmenge beträgt: **m³**. Der erforderliche Aufwand hierfür ist in die OZ 330.1.01.10 „Bodenaushub“ einzurechnen.

Sämtliche Eingriffe in Wurzelbereiche von Bäumen sind mit dem Grünflächenamt 63/3 (Technische Dienste) – Herrn Terme, Telefon: 50-28603 vor Ort abzustimmen.

4.7 Baubesprechungen

Der verantwortliche Bauleiter des AN hat Abstimmungsgespräche nach Absprache einmal pro Woche durchzuführen. Der AN erstellt das Protokoll des Abstimmungsgesprächs. Dieses wird spätestens zur nächsten Baubesprechung übergeben. Nachforderungen oder Bauzeitenverlängerungen, die auf mangelnder Absprache mit den beteiligten Stellen beruhen, werden nicht anerkannt.

4.8 Dokumentation

Während der gesamten Bauzeit sind Baustellenfotos (ca. 200 Farbfotos in der Größe 10x15 cm), entsprechend dem Baufortschritt anzufertigen. Die Kosten für die Erstellung der Fotos sind in die LV-Position 310.1.01.10 einzurechnen. Entsprechende Farbausdrucke werden inklusive einer CD mit digitalen Bildern ebenfalls akzeptiert. Das Fotomaterial ist der Schlussrechnung beizufügen.

4.9 Lastplattendruckversuche

Bereiche, die von anderen Firmen (Versorgungsleitungen etc.) in Anspruch genommen wurden, sind in einem Übernahmeprotokoll festzuhalten und mit den erforderlichen Prüfprotokollen zu ergänzen. Die hierfür

notwendigen Prüfungen sind durch den Verursacher (Versorgungsträger etc.) zu beauftragen und zu vergüten. Kopien des Übernahmeprotokolls und der Prüfprotokolle sind dem Auftraggeber zu übergeben.

4.10 Kontrollprüfungen / Eigenüberwachung (Kanalbau)

- Seitens des Auftraggebers ist vorgesehen gemäß ZTV-Kanalbau folgende Kontrollprüfungen durchzuführen:
Leitungszone bzw. Grabenverfüllung, Proctorwert: Eine Prüfung je 50 m Haltung
Erdplanum oder Frostschutz- oder Mineraltragschicht, Ev2-Wert : Eine Prüfung je 50 m Haltung
- Mit der Weiterverfüllung der überprüften Bauteile darf erst nach Vorliegen der Prüfungsergebnisse (i.d.R. nach 24 h) und Anordnung der örtlichen Bauüberwachung begonnen werden.
- Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die Unterlagen und Ergebnisse der im Rahmen der Eigenüberwachung nach RAL-GZ 961 durchgeführten Untersuchungen kostenfrei zur Verfügung. Bei Sanierungsverfahren werden dem Auftraggeber vor Sanierungsbeginn die Handbücher mit der Verfahrensbeschreibung des jeweiligen Sanierungsverfahrens zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nach Zuschlagserteilung zeitgleich mit der jeweiligen Meldung der Baustellen an den Güteschutz Kanalbau, sofern die Mitgliedschaft als Eignungskriterium in den Vergabeunterlagen angegeben ist, auch den Auftraggeber über die Abgabe der Meldung der Baustelle zu unterrichten (Kopie an den Auftraggeber).

4.11 Vermessungsarbeiten

Das Abstecken der Achsen o.ä. wird vom AG nur einmal durchgeführt und die Punkte anschließend dem AN übergeben. Die Sicherung der Punkte und Achsen obliegt dem AN.

Die Sicherung und Unterhaltung sowie Schutz gegen Beschädigung und Verlust sämtlicher vom Vermessungs- und Katasteramt vermarkten Festpunkte obliegt dem AN. Die Wiederherstellung beschädigter oder verlorengegangener Festpunkte wird auf Kosten des AN vom Vermessungsamt vorgenommen. Für eine Behinderung durch Vermessung wird keine Vergütung gewährt.

4.12 Immissionsschutz (Lärm, Staub, Schmutz)

Anforderungen an den Straßenfertiger

Grundsätzlich ist ein Straßenfertiger mit Absaugeinrichtung einzusetzen.

Es sind die Auflagen des Staatlichen Umweltamtes in Hagen zu beachten. Vor dem Einsatz von lärmintensiven Baumaschinen hat sich der AN mit dem Staatlichen Umweltamt in Hagen in Verbindung zu setzen.

Bei der Baudurchführung, insbesondere beim Einsatz von Maschinen und Geräten sind die Lärmschutzvorschriften, u.a. die Technische Anleitung Lärm, in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Sofern aus besonderen Gründen Lärmentwicklung bei Nacharbeiten, an Sonn- und Feiertagen nicht zu vermeiden sind, muß ein Antrag an das Staatliche Umweltamt in Hagen gestellt werden.

Der AN stellt den AG von allen Ansprüchen Dritter frei, die aus Anlaß von Immissionseinwirkungen u. dgl. geltend gemacht werden.

Kosten für Lärminderungsmaßnahmen gehen zu Lasten des AN und sind in die Einheitspreise des LV einzurechnen.

Bei Fräsarbeiten oder Aufnahme von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt sind grundsätzlich die Technischen Regeln für Gefahrstoffe „Tätigkeiten mit potenziell asbesthaltigen mineralischen Rohstoffen“ und daraus hergestellten Zubereitungen und Erzeugnissen – TRGS 517 zu beachten. Besondere Aufmerksamkeit gilt hier dem Punkt 5.7 „Besondere Schutzmaßnahmen – Kaltfräsen von Verkehrsflächen“. Die Gesteinsarten Diabas und Basalt sind gemäß Anlage 1 der TRGS 517 als potenziell asbesthaltig eingestuft. Das Vorhandensein dieser Gesteinsarten im Straßenoberbau kann nicht ausgeschlossen werden. Beim Fräsen der Straßenbefestigung muss daher, im unmittelbaren Nahbereich der Fräse, mit partikelförmigen Gefahrstoffen (z.B. Asbestfasern) gerechnet werden. Für die Fräsarbeiten sind ausschließlich Straßenfräsen, gemäß den TRGS 517, Pkt. 5.7.2.1 (2) einzusetzen, die über eine entsprechende BGI-Zertifizierung verfügen. Dies gilt für Straßenfräsen ab einer Fräsbreite von $\geq 2,0$ m und in Ortsdurchfahrten ab einer Fräsbreite von $\geq 1,0$ m. Die Schutzmaßnahmen sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

4.13 Bestandsuntersuchung

1. Ausschreibung mit Bestandsgutachten nach EBV

Die der Ausschreibung beigefügte Bestandsuntersuchung mit den Ergebnissen der chemischen Analyse nach der Ersatzbaustoffverordnung / BBodSchV sowie der quantitativen Bestimmung des PAK-Gehaltes im Feststoff und des Phenolindexes im Eluat der aufzunehmenden und zu entsorgenden Materialien werden vom AN als Deklarationsanalyse anerkannt. Die Deklarationsanalyse gilt als Abrechnungsbasis für die aufzunehmenden und zu verwertenden Materialien. Sollte der der AN weiterführende Untersuchungen für notwendig halten, so sind die Kosten hierfür durch den AN zu tragen.

Eine Anerkennung der Ergebnisse der zusätzlichen Untersuchungen durch den AG erfolgt nur, wenn:

1. die Probenahmen vorschriftsmäßig erfolgen und die chemischen Analysen von einem unabhängigen Labor durchgeführt werden, welches im Vorfeld dem AG benannt wird,
2. die Probenahmen im Beisein des AG stattfinden,
3. die Mischproben dem Mischprobenplan entsprechen, welcher der Deklarationsanalyse zu Grunde liegt, die der Ausschreibung zur Erstellung des Angebotes beilagt,
4. die Untersuchungen / Beurteilungen nach Ersatzbaustoffverordnung / BBodSchV entsprechend den vom AG durchgeführten Deklarationsanalysen erfolgen.

2. Ausschreibung ohne Bestandsgutachten

Dieser Ausschreibung liegt keine Bestandsuntersuchung nach EBV bei.

Als Kalkulationsgrundlage für die weitere Verwertung des Aushubmaterials gilt die Einbauklasse BM-F3 gemäß den Bestimmungen der EBV.

Benötigt der AN für die aufgenommenen Aushubmassen Deklarationsanalysen, so sind die Kosten für das separierte aufnehmen, zwischenlagern, beproben und analysieren der Böden / Anschüttungen durch den AN zu tragen.

Eine Anerkennung der Ergebnisse der zusätzlichen Untersuchungen durch den AG erfolgt nur, wenn:

1. die Probenahmen vorschriftsmäßig erfolgen und die chemischen Analysen von einem unabhängigen Labor durchgeführt werden, welches im Vorfeld dem AG benannt wird,
2. die Probenahmen im Beisein des AG stattfinden,
3. die Untersuchungen / Beurteilungen nach Ersatzbaustoffverordnung / BBodSchV entsprechend den vom AG durchgeführten Deklarationsanalysen erfolgen.

3. Ausschreibung mit Bestandsgutachten nach LAGA

Dieser Ausschreibung liegt eine Bestandsuntersuchung nach LAGA bei. Auf eine erneute Untersuchung gemäß Ersatzbaustoffverordnung / BBodSchV wurde verzichtet.

Das vorliegende Bestandsgutachten gilt als Orientierung der zu verwertenden Böden / Anschüttungen. Dabei sind die Aushubmaterialien $\leq$ Z2 (als verwertbar) mit der EBV-Einkaufsklasse BM-F3 eingeordnet und werden nach den regulären Aushubpositionen vergütet. Die darüberhinausgehend analysierten Böden / Anschüttungen der LAGA-Klassen $\geq$ Z2 werden in dieser Ausschreibung zusätzlich mit der Zulageposition 330.1.01.70 vergütet.

Die dieser Ausschreibung beigefügte Bestandsuntersuchung sowie die daraus abgeleitete Vorgehensweise wird vom AN anerkannt. Sollte der der AN weiterführende Untersuchungen für notwendig halten, so sind die Kosten hierfür durch den AN zu tragen.

Eine Anerkennung der Ergebnisse der zusätzlichen Untersuchungen durch den AG erfolgt nur, wenn:

1. die Probenahmen vorschriftsmäßig erfolgen und die chemischen Analysen von einem unabhängigen Labor durchgeführt werden, welches im Vorfeld dem AG benannt wird,
2. die Probenahmen im Beisein des AG stattfinden,
3. die Mischproben dem Mischprobenplan entsprechen, welcher der Deklarationsanalyse zu Grunde liegt, die der Ausschreibung zur Erstellung des Angebotes beilagt,
4. die Untersuchungen / Beurteilungen nach Ersatzbaustoffverordnung / BBodSchV entsprechend den vom AG durchgeführten Deklarationsanalysen erfolgen.



Hinweis für Ausschreibende:

Bitte je nach Sachlage einen Textbaustein wählen und die nicht relevanten Textbausteine löschen!
Pkt. 2 (ohne Bestandsgutachten) nur in Verbindung mit OZ 330.1.01.20 (Kleinmengen)

4.14 Kampfmittel

Allgemeine Vorgaben:

Werden bei den Erdarbeiten Gegenstände gefunden, die nicht einwandfrei als ungefährlich bestimmt werden können, so ist sofort das Amt für öffentliche Ordnung, Herr Brinkmann, F: 50-22978 oder Herr Niedzialkowski, F: 50-25955 (außerhalb der Dienstzeit: Umweltdienst der Feuerwehr, F: 8452839), der zuständige Schutzbereich der Polizei und der AG zu verständigen.

Die Arbeit muss sofort eingestellt werden, der Fundort abgesperrt und gesichert werden.

Hierüber sind die Belegschaftsangehörigen des AN und die Nachunternehmer in kürzeren Abständen zu belehren.

Baustellenbezogene Vorgaben für die Baumaßnahme:

Es liegen folgende Erkenntnisse über Kampfmittel zum Zeitpunkt der Ausschreibung vor:

1. Bereich(-e): von bis ,
 von bis .

- **Keine besonderen Maßnahmen erforderlich**

2. Bereich(-e): von bis ,
 von bis .

- **Absuchen der zu bebauenden Flächen und Baugruben durch systematische Oberflächendetektion**

3. Bereich(-e): von bis ,
 von bis .

- **Arbeiten mit der gebotenen Vorsicht**



Hinweis für Ausschreibende:

Ergebnisse abschnittsweise gemäß Verfügung des Ordnungsamtes, StA 32. Die Verfügung des Ordnungsamtes (nicht die Unterlagen der Bez.-Reg. Arnsberg) ist der Ausschreibung beizulegen.

Zu 1.) Bei Arbeiten für die keine besonderen Maßnahmen der Kampfmittelbeseitigung bzw. Kampfmittelerkundung notwendig sind:

Es gelten die „Allgemeinen Vorgaben“.

Zu 2.) Bei erforderlichem Absuchen im Zuge der Bauausführung durch systematische Oberflächendetektion ist folgendes zu beachten:

In den abzusuchenden Flächen erfolgt eine Sondierung durch beauftragte Unternehmen der Bezirksregierung Arnsberg. Die Sondierung wird mittels Detektion auf dem gewachsenen Boden durchgeführt.

Um dafür die Voraussetzung zu schaffen, hat der AN den vorhandenen Fahrbahnoberbau und / oder Gehwegoberbau dementsprechend lagenweise aufzunehmen. Sollte sich das Erdplanum über dem gewachsenen Boden im Bereich von Auffüllungen befinden, sind diese in Abstimmung mit dem AG hinsichtlich der vorhandenen Mächtigkeit und Beschaffenheit zu erkunden.

Die Sondierung der freigelegten Fläche und deren Auswertung betragen bis zu 4 Werktage. Erst danach können die Bauarbeiten auf diesen Flächen entsprechend dem Untersuchungsergebnis wieder aufgenommen werden. Evtl. daraus resultierende Stillstandszeiten werden nach der LV-Position 310.1.01.41 vergütet.

Die Vorlaufzeit zur Beantragung der Detektion jedes einzelnen vom AN gewählten Bereiches beträgt ca. 3 Wochen. Die vom AN angedachten Sondierungstermine sind der städtischen Bauüberwachung entsprechend frühzeitig zu benennen und im Bauzeitenplan fortlaufend zu aktualisieren.

Jegliche Mehrkosten, die aus den vorgenannten zusätzlichen Aufwendungen resultieren, sind in der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.



Hinweis für Ausschreibende:

Zusätzliche Verweise und baustellenbezogene Hinweise auf Regelungen zu Kampfmittel sind in Pkt. 2.00 „Beschreibung der Baustelle“ und Pkt. 4.00 „Regelungen zum Bauablauf“ erforderlich.

Zu 3.) Arbeiten mit der gebotenen Vorsicht

Gemäß Stellungnahme des Ordnungsamtes ist in diesem Abschnitt mit der gebotenen Vorsicht zu arbeiten. Sämtliche Tiefbauarbeiten bzw. bodeneingreifenden Arbeiten sind mit der gebotenen Vorsicht durchzuführen. In dem unten als Anlage beigefügten Merkblatt vom 29.10.2006 erläutert die BR Arnsberg die Begrifflichkeit „Aushubarbeiten mit der gebotenen (besonderen) Vorsicht“. Auf dieser Grundlage sind die Arbeiten auszuführen.

Jegliche Mehrkosten, die aus den vorgenannten zusätzlichen Aufwendungen resultieren, sind in der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

Bezirksregierung Arnsberg
Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe

58099 Hagen, 29.10.06

Erläuterungen zu dem Begriff „Aushubarbeiten mit der gebotenen (besonderen) Vorsicht ausführen“

Ein zur Wirkung gelangtes Kampfmittel gefährdet aufgrund des Inhaltstoffes (Wirkladung) möglicherweise durch Druck, Splitter, Hitze und Brand infolge der Detonation (Explosion) sowie durch die Aufnahme (inhalativ, oral, perkutan) der teilweise giftigen Substanzen bzw. der entstehenden Dämpfe (Rauch, Aerosol) von Brand-, Leucht-, Rauch-, Nebel- und Reizmitteln bzw. „chemischer Kampfstoffe“.

Persönliche bzw. organisatorische Maßnahmen vor Beginn der Arbeiten

- Mitarbeiter vor Aufnahme der Arbeiten über mögliche Gefährdungen informieren und über Verhalten beim Auffinden von Kampfmitteln unterweisen
- Zahl der eingesetzten Personen/Mitarbeiter begrenzen (soviel wie nötig, so wenig wie möglich)
- Abraum/Aushub visuell überwachen
- Boden schichtweise (lagenweise) abtragen (max. 50 cm pro Schicht/Lage)
- Kabinen der Erdbaumaschinen geschlossen halten
- beim Auftreten von außergewöhnlicher Bodenverfärbungen (z.B. Einschlagkanal, Trichter) bzw. unbekannten Objekten in der Abbaufäche Arbeiten unverzüglich einstellen

Persönliche bzw. organisatorische Maßnahmen bei Kampfmittelfunden

- beim Auftreten von Kampfmitteln bzw. Verdacht auf Kampfmittel Arbeiten unverzüglich einstellen, Kampfmittel möglichst nicht berühren
- Arbeitsgerät mit versehentlich aufgenommenem Kampfmittel (Bombe, Granate) vorsichtig absenken (nicht entleeren), Motor abschalten und Bedienstand (Fahrerhaus) verlassen
- „Fundstelle“ verlassen und Unbefugte am Betreten der „Fundstelle“ hindern, Fundstelle nötigenfalls kennzeichnen und/oder absperren
- evtl. in Brand geratene Kampfmittel mit nasser Erde abdecken, Rauchwolken meiden,
- zuständige Polizeidienststelle/Ordnungsbehörde informieren

Technische Vorkehrungen

- Arbeitsmaschinen mit möglichst geringem Energieeintrag (Erschütterungen/Schwingungen) einsetzen, nötigenfalls per Hand schachten
- Bei Erdbaumaschinen möglichst Fahrerkabinen mit Anlagen zur Atemluftversorgung einsetzen
- Erdbaumaschinen mit Schutzverglasung (Panzerglas) einsetzen
- Erdbaumaschinen mit verstärkter Bodenwanne / Bodenplatte einsetzen
- ferngesteuerte Maschinen (Roboter) einsetzen



Hinweis für Ausschreibende:
Nichtzutreffende Punkte (1 bis 3) inklusive Anlagen löschen, wenn nicht erforderlich

4.15 Räumung der Baustelle

Spätestens mit der Schlußrechnung hat der AN Bescheinigungen der Grundstückseigentümer bzw. der Nutzungsberechtigten, deren Flächen und Anlagen zur Verwirklichung der Baumaßnahme zur Verfügung gestellt wurden, beizubringen, aus denen hervorgeht, daß der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt ist, sämtliche Auflagen erfüllt worden sind, und daß der Grundstückseigentümer und die evtl. Nutzungsberechtigten den Auftraggeber von jeglichen Forderungen freistellen.

4.16 Vorgehensweise des AN bei der Erstellung von Nachtragsangeboten

Das nachfolgende Muster für das Anschreiben bei Nachtragsangeboten enthält neben den allgemeinen Angaben zum Bauprojekt eine Übersicht zu den Anspruchsgrundlagen. Hierin sind alle Nachtragspositionen mit der entsprechenden Kennzeichnung der Anspruchsgrundlage zu versehen und dem AG unterzeichnet zu übergeben, damit die Nachtragsangebote einer Baumaßnahme zeitnah durch den Auftraggeber bearbeitet werden können. Dieses gilt für jede Abgabe eines Nachtragsangebotes.

Enthält der erteilte Auftrag Preise für gleiche oder vergleichbare Leistungen, so kann die Höhe des neuen Preises anhand dieser nachgewiesen werden. Soweit die Preisermittlung des beauftragten Angebotes keine einschlägigen Angaben enthält und vergleichbare Leistungen nicht vorhanden sind, hat der AN ausnahmsweise ein Nachtragsangebot einzureichen, das auf der Grundlage der Preisermittlung des beauftragten Angebotes kalkuliert sein muss. Hierzu ist die Preiskalkulation möglichst entsprechend dem Formblatt 223 vom Auftragnehmer vorzulegen.

Die angesetzten Einzelkosten und Zuschläge bzw. Umlagen hat der Auftragnehmer danach zu belegen. Hinsichtlich der Zeitansätze, der Stoff- und Gerätekosten sowie ggf. sonstiger Kosten können hilfsweise entsprechende Ansätze aus anderen, vergleichbaren Aufträgen als Nachweis herangezogen werden.

Vorgabe der Gestaltung von Anschreiben der Auftragnehmer, die sich auf Nachtragsangebote beziehen

Vom Auftragnehmer zu verwendende Anschrift und Betreff:

Stadt Dortmund
Tiefbauamt

44122 Dortmund

Nachtragsangebot

Baulos / Projekt (Leistungsbereich):

Verantwortl. Projektleiter (AG):

Firma / Verantwortl. Projektleiter (AN):

Auftragsnr. des Hauptvertrags: vom (Datum)

Nachtrag Nummer: vom (Datum)

Vom Auftragnehmer zu verwendende Übersicht zu den Anspruchsgrundlagen:

Durch AN geltend gemachte Anspruchsgrundlage (VOB/B)

N-Pos. Nr.	§ 2.3	§ 2.5	§ 2.6	§ 2.7	§ 2.8	etc.
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Zusammenfassung von Positionen ist nur bei gleicher Anspruchsgrundlage zulässig!						
§2.3 Mengenänderung von selbst	§2.5 geänderte Leistung		§2.6 zusätzliche Leistung			
§2.7 Pauschalvertrag	§2.8 Leistung ohne Auftrag					

Positionen, zu denen keine Anspruchsgrundlage genannt wird, werden entsprechend abgelehnt!

Die Notwendigkeit der ausführlichen Begründung zur Anspruchsgrundlage bleibt von der obigen Übersicht unberührt!

5.0 Bedingungen für Baustofflieferungen durch den Auftragnehmer

Für Baustofflieferungen sind die einschlägigen DIN-Bestimmungen und die Merkblätter der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in der jeweils gültigen Fassung maßgeblich. Es sind nur handelsübliche und umweltfreundliche Materialien zu verwenden, die in besonderen Fällen der Bauleitung nachzuweisen sind.

6.0 Abrechnungsgrundlagen

Für die Abrechnung nach t (und zur Ermittlung des verdrängten Bodens) gelten folgende Gewichte und Verdichtungsfaktoren:

	Gewicht	Verdichtungsfaktor
Hartkalkstein	22.00 KN/m ³	1,15
Grauwacke	22.00 KN/m ³	1,15
Hochofen	20.00 KN/m ³	1,20
Recyclingmaterial	20.00 KN/m ³	1,20
Dolomitsand	19.00 KN/m ³	1,15
Rheinsand 0/4	19.50 KN/m ³	1,15
Füllsand	20.70 KN/m ³	1,35
Rollkies 7/30	18.50 KN/m ³	1,10
Betonkies	21.00 KN/m ³	1,20
Grubenkies	21.00 KN/m ³	1,20
Granulat	14.00 KN/m ³	
Waschberge 0/80	21.00 KN/m ³	1,20
Ober-/Unterboden	18.00 KN/m ³	1,15

Weitere Abrechnungsgrundlagen sind den *Ergänzungen des Tiefbauamtes zu den "Zusätzlichen Vertragsbedingungen" (ZVB) der Stadt Dortmund für die Ausführung von Bauleistungen* unter Pkt. 8 zu entnehmen.

7.0 Wiegekarten

Bei allen Lieferungen sind auf der Original - Wiegekarte einer geeichten Waage anzugeben:

- Lieferwerk
- Bezeichnung der Baustelle () mit dem Zusatz des Bereiches (Teil A, Teil B etc.)
- Datum und Uhrzeit der Wägung,
- Eindeutige Bezeichnung des Wägegutes,
- Nummer des Wiegescheines,
- Tara, Netto- und Bruttogewicht (maschinengerecht),
- Kennzeichnung des Fahrzeuges (amtliches Kennzeichen)
- Unterschrift des Wägers,

Zusätzlich zu den Tagesberichten ist auf der Baustelle von dem AN ein Materialeingangsbuch oder eine Materialliste zu führen. 14 Tage vor dem Einbau der Frostschutz- und Schottertragschicht hat der AN die Lieferwerke und Aufbereitungsanlagen für die Materialien zu benennen. Ohne Zustimmung des AG dürfen keine anderen als die vom AN angegebenen Lieferwerke und Aufbereitungsanlagen Materialien zur Baustelle liefern.

Für die Abrechnung bituminöser Schichten nach Gewicht gilt:

Die Lieferung für bituminöse Ausgleichsarbeiten und gewichtsmäßigen Einbau sind auf der Baustelle durch Kennzeichnung der Wiegekarten (Lieferscheine) vom flächenmäßigen Einbau zu unterscheiden (gemäß ZTV-Asphalt).

8.0 Allgemeine Hinweise zu den Asphaltpositionen

Für die Baumaßnahme ist der Einsatz von Temperaturabgesenktem Asphalt (TA-Asphalt) in Verbindung mit Absaugeinrichtungen am Straßenfertiger vorgesehen. Aus Gründen des Arbeitsschutzes muss daher das Asphaltmischgut temperaturabgesenkt hergestellt und eingebaut werden.

8.1 Vorhandener Asphaltoberbau

Der vorhandene Asphaltoberbau besteht aus:

- Asphaltdeckschicht : ca. 4,0 cm
- Asphaltbinderschicht : ca. cm
- Asphalttragschicht : ca. 10,0 cm

8.2 Erstprüfung / Eignungsnachweis

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den Eignungsnachweis gemäß TL-Asphalt-StB 26 des Asphaltmischgutes spätestens 7 Arbeitstage vor Beginn der Herstellung des Mischgutes vorzulegen.

Für den Eignungsnachweis ist das Formular aus der ZTV Asphalt-StB 26 Teil 1, Anhang D zu verwenden.

8.3 Asphaltmischgut

8.03.1 Allgemeines

Bei der Verwendung von sauren Gesteinen in Verbindung mit Straßenbaubitumen nach EN 12591 (z.B. Grauwacke, Quarzit) ist bei Binder- und Deckschichten aus Walzasphalt 1,5M-% Kalkhydrat als Haftverbesserer zuzugeben. Bei der Verwendung von polymermodifizierten Bitumen ist ein Haftverbesserer nicht erforderlich.

8.03.2 Angaben zu den Gesteinskörnungen

Feine und grobe Gesteinskörnungen aus Kalkstein sind in Asphaltdeckschichten, Asphaltbinderschichten und als Abstreumaterial für Fahrbahnen (außer Rad und Gehwege) nicht zugelassen.

Es ist Kalksteinfüller zu verwenden. Für Deckschichten aus Walzasphalt und Asphaltbinderschichten ist in n Kombination mit groben Gesteinskörnungen aus Diabas die Verwendung von Diabasfüller zugelassen.

8.03.3 Bindemittel

Die Temperaturabsenkung kann durch organische, mineralische, oberflächenaktive Zusätze oder durch die Schaumbitumentechologie erfolgen. Alle Möglichkeiten werden als gleichwertig angesehen. Die Auswahl ist im Rahmen des Angebots vorzunehmen und im Eignungsnachweis anzugeben.

Zugelassen sind ausschließlich die Fertigprodukte und Zusätze zur Temperaturabsenkung aus

- der „Erfahrungssammlung über die Verwendung von Fertigprodukten und Zusätzen zur Temperaturabsenkung von Asphalt“ der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt): („Erfahrungssammlung TA“, <https://www.bast.de>) in der aktuell gültigen Fassung.

8.4 Baugrundsätze

Beim zweilagigen Einbau der Asphalttragschicht ist die zweite Lage unmittelbar nach der ersten Lage einzubauen. Das Ansprühen vor dem Einbau der zweiten Lage sowie das ggf. erforderliche Reinigen der Oberfläche der ersten Lage werden nicht gesondert vergütet.

8.5 Durchführung von Prüfungen

8.05.1 Eigenüberwachungsprüfungen

Die Protokolle aller Eigenüberwachungsprüfungen im Zuge des Einbaus von Asphaltdeckschichtmischgut sind dem Auftraggeber vorzulegen.

8.05.2 Vorgehensweise bei Entnahme von Asphaltmischgutproben

Die Probeentnahme hat gemäß TP Asphalt-StB, Teil 27 zu erfolgen. Der AN ist verpflichtet, rechtzeitig das Lieferwerk von der Probeentnahme zu unterrichten, damit ein Vertreter zugegen sein kann.

Der AN hat folgende Kosten zu tragen:

- die Probeentnahme und das Vorhalten der dazu benötigten Geräte, der Versandgefäße und der Hilfskräfte sowie die Lagerung der Proben bis zum Zeitpunkt der Abholung durch das Prüflabor.

Die Kosten für die Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen trägt der AG.

Anzahl der Proben des Asphaltmischgutes gemäß ZTV Asphalt-StB 26: **Stck**

8.6 Festlegung von Abzügen bei Mängeln

Werden Mängel am Mischgut bzw. an der eingebauten Schicht festgestellt, die einen Sachmangel (Abweichung von der vertraglich vereinbarten Beschaffenheit (§13 Nr.1 VOB/B)) darstellen, und verzichtet der Auftraggeber im Einzelfall auf die vertraglichen Ansprüche vor der Abnahme die Einforderung der mängelfreien Vertragserfüllung (§4 Nr.7, VOB/B), so werden dafür als Ausgleich Abzüge entsprechend in der ZTV Asphalt-StB 26 (Teil 1) festgelegten Abzugsformeln vorgenommen.

Für darüberhinausgehende Überschreitungen ist vom AN ein Sanierungsvorschlag einzureichen!

Die Rechte des Auftraggebers in §§12 und 13 VOB/B werden dadurch nicht eingeschränkt.

Dem Auftragnehmer steht ein Rückzahlungsanspruch abgezogener Beträge bei späterer Mängelbeseitigung zu.

9.0 Abrechnung

9.1 Allgemeines

Erbrachte Leistungen sind vom AN abzurechnen. Für die Abrechnung ist eine prüfbare und übersichtliche Rechnung einzureichen. Die Abrechnung basiert auf einer Mengenberechnung mit allen Nachweisen in Form von u.a. Aufmaßen, Abrechnungszeichnungen und Lieferscheinen. Der Bezug zu den entsprechenden Nachweisen muss nachvollziehbar sein.

Der AN übergibt dem AG mit Rechnungsstellung alle abrechnungsrelevanten Daten gemäß der Verfahrensbeschreibung „Regelungen für die elektronische Bauabrechnung“, nachfolgend „REB“ genannt. Es gilt mindestens der Standard **GAEB DA XML-Version 3.2**.

Dabei muss sich der AN an die vom AG vorgegebene OZ-Hierarchie halten (**111.222.333.PPPPi**). Anderenfalls sind die Ordnungszahlen so umzustrukturieren und ggf. von Hand einzugeben. Evtl. dafür anfallende Mehrkosten werden nicht vergütet.

Beispiel der vorgegebenen OZ-Hierarchie: Position 310.001.001.0010

Soweit nicht anders vereinbart, sind alle Bezeichnungen und Begriffe von u.a. Einbauteilen und Materialien entsprechend der Leistungsbeschreibung einzuhalten.

Der Datenaustausch erfolgt gemäß den „REB“ (u.a. REB-VB 23.003 Ausgabe 2009). Die Austauschdatei ist eindeutig zu benennen. Der Name muss die Bezeichnung der Baumaßnahme und die Nummer der Abschlagsrechnung beinhalten.

Die Abrechnung ist periodisch, d.h. bei jeder Rechnungslegung durch den AN in Abstimmung mit dem AG fortzuschreiben. Eine Überschreibung der bereits abgerechneten Leistungen ist nicht zulässig. Es werden jeweils nur die Zuwachsmengen übergeben. Änderungen sind fortlaufend darzustellen.

Für Nachträge ist die LV-Ebene ab 401 vorgesehen. Die Struktur der Nachtragspositionen ist der Struktur des LVs anzupassen und mit dem AG abzustimmen.

Beispiel: Nachtrag 01 Position 401.xxx.xxx.xxxx
Nachtrag 02 Position 402.xxx.xxx.xxxx

Entgegen Punkt 15.4 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen sind auch Längen und Flächen mit drei Stellen nach dem Komma zu berechnen.

9.2 Abrechnungsrelevante Unterlagen

Sämtliche Aufmaße sind im einheitlichen Lagebezugssystem ETRS89/UTM und Höhenbezugssystem NHN (DHHN2016) vorzunehmen. Lokale Systeme sind nur in Ausnahmefällen und nach vorheriger Absprache statthaft.

Die Übermittlung von Daten hat ausschließlich digital zu erfolgen. Die Erstellung von Abrechnungszeichnungen ist im Datenformat PDF und DXF und DWG vorzunehmen. Die DXF/DWG-Dateien sind so aufzubereiten, dass eine strukturierte und nachvollziehbare Ebenenbelegung vorliegt. Die Ebenenbelegung ist so zu wählen, dass klar daraus hervorgeht, um welches Abrechnungselement es sich handelt.

Die zur Abrechnung eingebrachten einzelnen Längen, Flächen, Stückzahlen usw. müssen numerisch eindeutig gekennzeichnet sein und zusätzlich auch farblich differenziert dargestellt werden. Dazu ist eine Legende zu fertigen, aus der klar hervor geht, welche Bedeutung die farblichen Darstellungen haben.

Sollten Erdmassen zur Abrechnung kommen, ist zwingend ein gemeinsames Urgeländeaufmaß (Baufirma und StA 62) vor Baubeginn durchzuführen. Auswertung über DGM mit ausreichend Punkten....

Sämtliche Aufmaße sind im Beisein der AG nach rechtzeitiger Terminabsprache vorzunehmen.

Die Aufmaße müssen alle relevanten Angaben beinhalten. Darunter zählen:

- Bezeichnung der Baumaßnahme
- Bezeichnung des AN und des AG
- Bezeichnung der aufgenommenen Leistungen mit den dazugehörigen Ordnungszahlen
- Bemaßung und Werte inkl. Einheiten (z.B. Längen, Breiten, Flächen, Anzahl, Mengen)
- Datum des Aufmaßes
- Unterschrift der Teilnehmer (AG und AN) mit Bestätigung der Richtigkeit des Aufmaßes

Bei Abrechnung nach Teilbereichen (vgl. Pkt. 10.00 Rechnungen) sind die Aufmaße in Absprache mit dem AG entsprechend den Abrechnungsgrenzen getrennt oder nach vorgegebener Nummerierung der Aufmaßblätter aufzustellen.

Die Höhenlage des Planums ist ebenfalls im Höhenbezugssystem NHN (DHHN 2016) zu erstellen und nachzuweisen.

Liegt in der Massenermittlung der Flächen- und/oder Volumenberechnung eine elektrooptische Geländeaufnahme

Die Originale der Aufmaße, Wiegescheine und ähnliche Abrechnungsbelege erhält der AG, die Durchschriften der AN.

Alle Maße des Bauvorhabens müssen in der Abrechnungszeichnung enthalten sein. Diese sollten an markanten Punkten angelegt werden, damit sie in der Örtlichkeit geprüft werden können. Dieses gilt auch bei Abrechnungen mit einer elektrooptischen Geländeaufnahme.

Sämtliche Vermessungsarbeiten sind bei der Kalkulation der Einheitspreise zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

Zur Mengenberechnung ist zusätzlich eine X31-Datei nach GAEB DA XML 3.2 einzureichen. Die Blattnumerierung ist wie folgt durchzuführen:

Blatt 1 bis 4999	Positionen aus HLV
Blatt 5000 bis 5999	Korrekturen AG
Blatt 6000 bis 8999	Positionen aus Nachträgen
Blatt 9000 bis 9999	Positionen aus Nebenangeboten

Es werden jeweils nur die Zuwachsmengen übergeben. Auch hier dürfen bereits abgerechnete Mengen weder verändert noch überschrieben werden. In der X31-Datei ist durch Verwendung von Freitexten für jeden Rechen-satz das betroffene Bauteil und das dazugehörige Dokument (Aufmaß, Abrechnungszeichnung etc.) mit eindeu-tiger Bezeichnung anzugeben.

Beispiel: Aufmaß Nr. 10

In der Abrechnung ist eine Gegenüberstellung von Soll und Ist im Materialnachweis sowohl für Materialein-gänge als auch für abgefahrene Materialien durchzuführen.

10.0 Rechnungen

Vor Beginn der Baumaßnahme ist ein Zahlungsplan vorzulegen und im Bedarfsfall anzupassen!

Alle Rechnungen sind zu senden an: **Stadt Dortmund**

Tiefbauamt 6600

z. Hd. Name des Bauüberwachers*

44109 Dortmund

* Der Name des Bauüberwachers wird im Auftragsschreiben mitgeteilt

Sie müssen folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung der Baumaßnahme
- Name und Anschrift (vollständig) des Auftragnehmers,
- das Konto, auf das die Zahlungen zu leisten sind,
- das Datum des Angebotes,
- Auftrags-Nr. und Datum des AG und dessen Geschäftszeichen,
- Zeiträume der Ausführung,
- Rechnungsdoppel sind mit rotem Stempelaufdruck als Duplikat zu kennzeichnen.
- eine Kopie der Freistellungsbescheinigung zum Steuerabzug bei Bauleistungen gemäß § 48 b Abs. 1 Satz 1 des Einkommenssteuergesetzes des zuständigen Finanzamtes ist beizulegen.

Bereits ab der ersten Rechnung sind Aufmaße und Massenermittlung digital und zwar grundsätzlich die Gesamt-menge und der Zuwachs in je eine Datei getrennt nach Kostenträger und Abrechnungseinheiten im GAEB-Daten-austauschformat DA11 oder XML vorzulegen.

Rechnungen, die ohne diese Dateien vorgelegt werden, werden als nicht prüfbar angesehen und bleiben bis zur Vorlage der Unterlagen unbearbeitet.

Die Abschlagsrechnungen inklusive Mengenermittlungen sind in zweifacher Ausfertigung (Papierform) zu erstel-len.

Die Schlussrechnung ist nach Fertigstellung der Bauarbeiten mit den dazugehörenden maßstäblichen Abrechnungs-plänen sowie allen Aufmaßen, aus denen die in der Mengenberechnung verwendeten Maße hervorgehen müssen, in dreifacher Ausfertigung (Papierform) einzureichen. Darüber hinaus sind Detailpläne der Straßenabläufe und Anschlussleitungen sowie der Abzweigkästen, Kabelschutzrohre und Signalmastfundamente in dreifacher Ausfer-tigung (Papierform) einzureichen. Sämtliche vorgenannte Abrechnungsunterlagen sind zusätzlich digital im PDF-Format zu übergeben.

Gemäß VOB/B § 16, Abs. 3, Nr. 1 wird die Frist zur Zahlung des Schlussrechnungsbetrages um 30 Kalendertage auf 60 Kalendertage erweitert.

Für Teilbereiche sind nach Angabe der Bauleitung getrennte Rechnungen zu erstellen. Die Teilbe-reiche gliedern sich in:

- **Lanstroper Straße**
- **Merkurstraße**

11.0 Ergänzungen zu den Einzelpositionen

Pos. 310.1.1.10 Baustelle einrichten und vorhalten

Diese Position gilt für alle Bauabschnitte dieser Baumaßnahme. Somit ist ein mehrmaliges Einrichten und Vorhalten der Baustelle in diese Position mit einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Pos. 310.1.1.20 Baustelle räumen

Diese Position gilt für alle Bauabschnitte dieser Baumaßnahme. Somit ist ein mehrmaliges Räumen der Baustelle in diese Position mit einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Pos. 310.2.1.10 Bauschild

Wie in der Position beschrieben, jedoch soll das Schild aus einem Foliendruck auf einer hochwertigen Folie, die anschließend auf das Bauschildmaterial (stabilen Alu-Verbundplatten-Bauschilder) aufgearbeitet wird bestehen. Dieser Foliendruck soll zusätzlichen UV-Schutz versehen werden, um somit noch unempfindlicher gegenüber mechanischen Außeneinwirkungen und Umwelteinflüssen geschützt zu sein. Die Größe des Schildes soll 300 mal 250 cm betragen.

Folgender Schriftsatz

Überschrift: „Hier baut die Stadt Dortmund“

Unterschrift: „Fahrbahnsanierung Lanstroper Straße & Merkurstraße

Baubeginn und Baubeendigung

Änderungen durch den Bauherrn sind noch möglich.

Pos. 315.2.1.5 Verkehrsführung u. Verkehrssicherung

Die Pauschalposition beinhaltet alle erforderlichen Einrichtungen, Umleitungen, Ampelanlagen, Materialien, Hinweistafeln der Größe 100/150 cm u. Schilder für die Verkehrsführungen des fahrenden wie auch für die ruhenden Verkehre einschl. der Verkehrssicherungen entsprechend den der Ausschreibung beiliegenden Verkehrsregelplänen. Sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Baustelle/Baufelder während/über der/die gesamte/n Bauzeit bzw. der Baufelder, einschl. deren Wartung gemäß der ZTV – SA 97.

Darüber hinaus, beinhaltet sie die Vorbehaltung aller Verkehrssicherungsmaterialien, inkl. Sicherungshänger (fahrbare Absperrtafeln) während der Auf-, Um-, sowie der Abbauphase für die Eigensicherung.

Auch beinhaltet sie, dass in Abhängigkeit der einzelnen Bauschritte bzw. der sich aus dem Bauablauf ergebenden mehrfach aufzustellen, versetzen und abräumen aller zum Einsatz kommenden Verkehrszeichen, Zusatzschilder, Hinweistafeln sowie Markierungen aller Art, zeitweise auch unter Aufrechthaltung des Verkehrs.

Die Inhalte bzw. die Aufschriften von den in den Verkehrsplänen Hinweistafeln der Größe 100/150 cm, sowie die Nummer der Umleitungsstrecken werden erst im Rahmen der Genehmigungsphase seitens der Dortmunder Straßenverkehrsbehörde festgelegt.

Alle zuvor genannten/benötigten Materialien, elektrischen wie nicht elektrischen Anlagen (Ampelanlagen) Baustoffe, Erschwernisse wie auch die seitens der Straßenverkehrsbehörde erhobenen Verwaltungsgebühren sind in die Pauschalposition 315.2.1.5 mit einzukalkulieren, sie werden nicht gesondert vergütet.

Werden im Verlaufe des Anordnungsverfahren seitens der Straßenverkehrsbehörde Ergänzungen an den der Ausschreibung beiliegenden Verkehrsregelplänen, sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Baustellenwährend/über der/die gesamte/n Bauzeit bzw. der Baufelder, angeordnet, werden diese zusätzlich angeordneten Verkehrszeichen über die dementsprechenden Positionen 315.1.2.10 bis 315.1.2.30 sowie 315.1.4.10 u. 315.1.4.20 zusätzlich vergütet.

Pos. 315.3.1.20 Befahrbare Abdeckungen

Wie in der Position beschrieben, jedoch beinhaltet sie auch das Versetzen der Abdeckung innerhalb der Baumaßnahme.

Pos. 320.2.1.10 Annahmekosten für Straßenaufbruch

Wie in der Position beschrieben, jedoch sind eventuelle Verunreinigungen der Asphalte z.B. durch Schottertragschicht, Splitt (wegen entgangener Rückvergütung) bei der Preisbildung mit einzukalkulieren.

Pos.320.7.1.5. Schlitzte im ungebundenen Oberbau 50 cm breit herstellen

Wie in der Position beschrieben, jedoch wird die Aufnahme der Bordsteine und Rinnenanlagen gesondert mit den Pos. 320.2.1.10 vergütet.

Pos.320.7.1.7 Schnitt der Betonbettung/Fundament zwischen Bordanlage und Rinne

Wie in der Position beschrieben, hier soll die Rinne vom Bordstein getrennt werden, um das Lösen der Rinnenanlagen incl. Betonbettung/Fundament zu gewährleisten, ohne Schäden und Bewegungen im Bordstein entstehen zu lassen

Pos.330.1.1.10 Vorhandene Böden/ Anschüttungen aufnehmen

Wie in der Position beschrieben, jedoch wird mit der Position die Aufschüttung (das überschüssige ungebundene Oberbau Material) zwischen der Asphaltsschicht und der neuen Planums Höhe abgerechnet.

Pos. 355.1.2.12 Vorhandene Schachtabdeckung (d-850 mm) Sanieren

Wie in der Position beschrieben, jedoch sind alle Vorgänge für das Setzen und Schützen mit Systemabdeckungen (Shark-System oder ähnlichen Varianten) und dessen Nachträgliche Aufnahmen in die Preisbildung mit einzukalkulieren.

Pos. 365.6.2.5 1-reihige Bordrinnen herstellen

Wie in der Position beschrieben, jedoch beinhaltet sie auch das Verfüllen des verbleibenden/restlichen Arbeitsraumes zwischen der Rinne/Rückenstütze u. der Rinnenanlage gegenüberliegende Schlitzwand (Fahrbahn)) mit HKS 0/45 bis unterhalb der einzubauenden Asphaltsschichten.

Dortmunder Netz GmbH Merkblatt für Arbeiten im Bereich von Energie- und Wasserverteilungsanlagen

Gültig ab 01.12.2015

I. Geltungsbereich

Dieses Merkblatt gilt für Arbeiten, wie z.B. Aushub-, Bohr- oder Rammarbeiten im Bereich von Energie- und Wasserverteilungsanlagen im Versorgungsgebiet der Dortmunder Energie- und Wasser GmbH (DEW21) und der Dortmunder Netz GmbH (DONETZ) in öffentlichen und privaten Grundstücken.

Zu den Anlagen gehören u.a. Energieverteilungskabel, Kabelmuffen, Erdgasrohrleitungen, Wasserrohrleitungen, Fernwärme- und Nahwärmeleitungen, Schutzrohre, Armaturen, Widerlager, kathodische Korrosionsschutzanlagen, Kabelabdeckungen, Fernmelde-, Steuer- und Messkabel sowie Freileitungen.

DONETZ ist für alle in diesem Merkblatt genannten Angelegenheiten bezüglich Energieverteilungskabel, Erdgas- und Wasserrohrleitungen und deren Zubehör der zuständige Ansprechpartner. DEW21 ist zuständig für Fernwärme- und Nahwärmeleitungen. Zusammen werden sie im Folgenden Versorger genannt.

II. Allgemeine Pflichten des Bauunternehmers

Jeder Bauunternehmer hat bei der Durchführung ihm übertragener Bauarbeiten in öffentlichen und privaten Grundstücken mit dem Vorhandensein unterirdisch verlegter Versorgungsanlagen zu rechnen und die erforderliche Sorgfalt zu wahren, um deren Beschädigung zu verhindern.

Er hat seine Mitarbeiter und Nachunternehmen entsprechend zu unterweisen und zu überwachen.

Die Anwesenheit von Beauftragten der Versorger auf einer Baustelle entbindet den Bauunternehmer oder seinen Beauftragten nicht von der Verantwortung für angerichtete Schäden an Versorgungsanlagen.

III. Arbeiten in der Nähe von Kabeln und Rohrleitungen

Im Bereich von Versorgungsanlagen ist so zu arbeiten, dass der Bestand und die Betriebssicherheit der Anlagen bei und nach Ausführung der Arbeiten gewährleistet sind.

1. Erkundigungspflicht und Baubeginn

Bei der Durchführung von Bauarbeiten im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen besteht für den Bauunternehmer die Erkundigungs- und Sicherungspflicht (vergl. Urteil des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen vom 20.04.1971 - VI ZR/232/69 - abgedruckt in "Der Betriebsberater" 1971, S. 723ff.).

Vor Beginn der Arbeiten sowie zusätzlich bei Abweichungen von der Bauplanung oder Erweiterung des Bauauftrages müssen Planunterlagen bei der Planauskunftsstelle (DONETZ-Hauptverwaltung - Günter-Samtlebe-Platz 1) über die genaue Lage von Kabeln und Rohrleitungen eingeholt werden. Bei Beginn der Bauarbeiten müssen Planunterlagen neuesten Standes vorliegen und berücksichtigt werden.

Rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor Aufnahme von Arbeiten im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen muss der Beginn der Arbeiten den zuständigen Betriebsbereichen der Versorger möglichst schriftlich angezeigt werden. Allein das Einholen von Informationen zur Erkundung der Kabel und Rohrleitungen gilt nicht als Anzeige der Maßnahme.

Die als Ansprechpartner vor Ort zuständigen Betriebsbereiche werden dem Bauunternehmer bei Abholung der Planunterlagen von der Planauskunftsstelle benannt.

Bei Arbeiten im Bereich von Gas- und Wasserrohrleitungen ist mit der verantwortlichen Baudurchführung (Tel.: 0231.54497-305), für Fernwärme (Tel.: 0231.544-3573) vor Baubeginn ein Einweisungstermin zur Besprechung der Arbeiten und zur Festlegung von Sicherungsmaßnahmen zu vereinbaren, wenn die verantwortliche Baudurchführung nicht ausdrücklich darauf verzichtet.

Es ist zu beachten, dass Schutzrohre, Abdeckungen, Folien usw. nicht als mechanischer Schutz bei Tiefbauarbeiten dienen; ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, auf das Vorhandensein von Kabeln und Rohrleitungen bei Tiefbauarbeiten aufmerksam zu machen.

Die DGUV Vorschrift 3 "Elektrische Anlagen und Betriebsmittel" der Berufsgenossenschaft und der DVGW-Hinweis (GW 315) "Maßnahmen zum Schutz von Versorgungsleitungen bei Bauarbeiten" sind zu beachten. Dies gilt für Erdarbeiten in oder an öffentlichen Wegen wie auch auf Privatgrundstücken.

2. Verlegungstiefe und Querschläge

Im Allgemeinen liegen Kabel in einer Tiefe zwischen 0,6 m und 1,0 m. Die Überdeckung der Gasleitungen beträgt in der Regel 0,8 m und 1,0 m. Wasserrohrleitungen haben in der Regel eine Überdeckung von ca. 1,0 m.

Fernwärmeleitungen bestehen im Bereich des Heißwassernetzes aus je zwei Kunststoffmantelrohren (KMR), die in der Regel in einer Tiefe zwischen 1,20 m und 1,50 m zu finden sind. Die Verteilerleitungen des Dampfnetzes befinden sich zum Teil in Stahlmantelrohren mit einer

Überdeckung von 1,20 m bis 1,50 m oder in Betonkanälen, die in einer Tiefe von ca. 1,20 m bis 1,50 m und vereinzelt auch tiefer zu finden sind.

Eine geringere Überdeckung - insbesondere bei Netzanschlussleitungen - ist möglich. In den Planunterlagen der Versorger gegebene Auskünfte über Lage und Tiefe ihrer vorhandenen Versorgungsanlagen sind ohne Gewähr. Lage und/oder Tiefe der Versorgungsanlagen können sich durch Bodenabtragungen, -aufschüttungen oder durch andere Maßnahmen Dritter nach der Verlegung und Einmessung/Dokumentation verändert haben. Deshalb hat das Bauunternehmen die Pflicht, sich über die tatsächliche Lage und/oder Tiefe der angegebenen Versorgungsanlage durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen, z.B. Querschläge, Suchschlitze o.ä., selbst Gewissheit zu verschaffen.

Alle Arbeiten in der Nähe von Kabelanlagen und Rohrleitungen dürfen nur unter **fachkundiger Aufsicht** oder nach Anweisung der Beauftragten der Versorger ausgeführt werden. Die Aufsicht muss gewährleisten, dass mit der notwendigen Sorgfalt vorgegangen wird. Erteilte Auflagen der Versorger müssen vom Bauunternehmen eingehalten werden.

3. Hinweisschilder und Armaturen

Armaturen, Straßenkappen, Schachtdeckel und sonstige zur Versorgungsanlage gehörende Einrichtungen müssen während der Bauzeit zugänglich bleiben. Hinweisschilder, Kabelmerkmale oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung der Versorger nicht verdeckt, versetzt oder entfernt werden.

4. Markierung

Vor Beginn der Bauarbeiten ist der Trassenverlauf nach Möglichkeit zu kennzeichnen z.B. mit Trassierstangen, Pflöcken, Sprühfarbe u. ä.

Schnurpfähle, Bohrer und Dorne dürfen nicht im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen eingetrieben werden.

5. Baumaschineneinsatz und Handschachtung

Im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen dürfen Baumaschinen nur so eingesetzt werden, dass eine Gefährdung ausgeschlossen ist.

Erforderlichenfalls sind besondere Sicherheitsvorkehrungen, die mit den Versorgern abzustimmen sind, zu treffen. Die Tiefbauunternehmen werden vor Ort durch Beauftragte der Versorger unterwiesen. Die Einweisung wird durch die Versorger protokolliert.

Rohrvortriebs-, Bohr- und Sprengarbeiten, Einschlagen (Rammen) von Pfählen, Bohlen oder Spundwänden, Einspülen von Filtern für Grundwasserabsenkungen u. ä. sind ebenfalls mit den Versorgern abzustimmen.

6. Unbekannte Leitungen und unvermutetes Antreffen von erdverlegten Kabeln und Rohrleitungen

Werden Warnbänder, Abdeckungen, Kabel oder Rohrleitungen an Stellen gefunden, die nicht eindeutig einem anderen Betreiber zuzuordnen sind und vorher von den Versorgern nicht genannt wurden, so sind die Versorger sofort zu verständigen.

Die Arbeiten an diesen Versorgungsanlagen sind sofort zu unterbrechen, die Stelle deutlich zu markieren und zu sichern.

Die Arbeiten an diesen Versorgungsanlagen sind bis zur Klärung der weiteren Vorgehensweise mit den zuständigen Betriebsbereichen der Versorger zu unterbrechen.

7. Beschädigung von Kabeln und Rohrleitungen (siehe Abschnitt IV.)

Jede Beschädigung ist unverzüglich zu melden. Beschädigungen sind hier nicht nur Leckagen, sondern auch Verletzungen der Rohrumhüllung bzw. des Kabelmantels.

Falls Kabel oder Rohrleitungen beschädigt werden, ist - auch bei zunächst geringfügig erscheinender Beschädigung - sofort der Bereich abzusperren und der Betreiber zu informieren.

8. Maßnahmen an freigelegten Kabeln und Rohrleitungen

Gas-, Wasser- und Fernwärmerohrleitungen dürfen nur nach durchgeführtem Einweisungstermin mit der zuständigen Baudurchführung von DONETZ bzw. DEW21 (siehe Punkt III.1) und nach Empfang der festgelegten Sicherungsmaßnahmen freigelegt werden.

Eine ausdrückliche schriftliche Genehmigung von DONETZ bzw. DEW21 (Fernwärme) für das Freilegen der Gas-, Wasser- und Fernwärmerohrleitungen muss vorliegen.

Versorgungsanlagen dürfen nur durch Handschachtungen freigelegt werden. Freigelegte Rohrleitungen sind vor jeglicher Beschädigung (auch Einfrieren) zu schützen und gegen Lageveränderungen fachgerecht zu sichern. Nichtlängskraftschlüssig verlegte Rohrleitungen und Widerlager dürfen nicht hintergraben oder freigelegt werden.

Die Sicherungsmaßnahmen werden ausschließlich durch die Versorger festgelegt und durchgeführt bzw. veranlasst!

Kabel und Rohrleitungen dürfen nicht als Standplatz oder Aufstiegshilfe benutzt oder anderweitig mechanischen Beanspruchungen ausgesetzt werden.

Arbeiten an Kabeln (z.B. Aufnehmen, Umlegen, Hochhängen), deren Spannungsfreiheit nicht ausdrücklich vom Betreiber bestätigt wurde, dürfen - außer vom Betreiber selbst - nur von Personen durchgeführt werden, die

- für solche Tätigkeiten von DONETZ unterwiesen und qualifiziert sind
- die Weisungen von DONETZ kennen

und

- die von DONETZ festgelegte Schutzausrüstung benutzen.

9. Maßnahmen für das Wiederverlegen von Kabeln

Wenn freigelegte Kabel- und Leitungsgräben/-gruben wieder verfüllt werden, sind die Anweisungen des Betreibers zu beachten. Schutz- und Warneinrichtungen, z.B. Abdeckplatten, sind wieder einzubauen.

IV. Was tun, ...

1. wenn trotz aller Vorsicht ein Kabel beschädigt wird:

Die Beschädigung eines Starkstromkabels stellt eine unmittelbare Lebensgefahr für den Verursacher und anwesende Personen dar. Das Kabel kann noch unter Spannung stehen! Deshalb:

- Anwesende Personen auffordern, Abstand zu halten!
- Schadensstelle sofort räumen und absperren!
- DONETZ über die Rufnummer
"Informationen und Hilfe bei Stromstörungen" – 0231.54497-111 benachrichtigen!

Auch **Fernmeldekabel** erfüllen wichtige Aufgaben im Versorgungsbereich. Sie dienen nicht nur dem Fernsprechverkehr, sondern auch der Übertragung von Messwerten und Schaltimpulsen.

Bei einer Beschädigung eines Fernmeldekabels deshalb:

- Arbeiten im Bereich der Schadensstelle einstellen!
- DONETZ über die Rufnummer
"Informationen und Hilfe bei Stromstörungen" – 0231.54497-111 benachrichtigen!

In jedem Fall:

DONETZ muss auch dann benachrichtigt werden, wenn lediglich der äußere Mantel des Kabels auch nur leicht beschädigt wurde, da in das Kabel eindringende Feuchtigkeit später zu schweren Störungen führen kann.

Wichtig:

Sofort gemeldete Beschädigungen können mit relativ geringem Aufwand repariert werden. Folgeschäden, die erst Jahre später auftreten können, sind mit einem hohen Kostenaufwand für den Verursacher verbunden.

2. wenn trotz aller Vorsicht eine Gasleitung beschädigt wird:

Bei der Beschädigung einer Gasleitung besteht Zünd- und Explosionsgefahr durch ausströmendes Gas!

Deshalb:

- Funkenbildung vermeiden, keine elektrische Anlage bedienen, vorhandene Zündquellen (z.B. Sturmlaternen) sofort löschen, nicht rauchen!
- Sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abstellen!
- Gefahrenbereich räumen und weiträumig absichern!
- Gefahrenbereich mit Personal überwachen!
- Schadensstelle absperren und Zutritt unbefugter Personen verhindern!
- Brennendes Gas nicht löschen! Ausnahme: Nur zur Rettung von Menschenleben.
- DONETZ über die Rufnummer "Gasgeruch" – 0231.54497-114 benachrichtigen!
- Falls erforderlich, Polizei und Feuerwehr benachrichtigen!
- Weitere Maßnahmen möglichst sofort bei der telefonischen Meldung des Schadens von DONETZ, der Polizei oder der Feuerwehr erfragen!

Achtung!

Wird eine Gas-Netzanschlussleitung beschädigt, sind angrenzende Gebäude auf Gaseintritt zu überprüfen!

Falls Gas eingetreten ist, Türen und Fenster öffnen! Nicht klingeln! Nicht die elektrische Anlage bedienen!

Gebäude unverzüglich räumen bzw. zum Verlassen auffordern, falls sich noch Personen darin aufhalten.

3. wenn trotz aller Vorsicht eine Wasser- oder Fernwärmeleitung beschädigt wird:

Bei einer beschädigten **Wasserleitung** besteht die Gefahr der Aus- und Unterspülung, sowie der Überflutung.

Bei einer beschädigten **Fernwärmeleitung** besteht Verbrühungsgefahr durch plötzlichen Austritt von Heißwasser oder Heißdampf. Deshalb:

- Baugruben und tiefliegende Räume im Gefahrenbereich von Personen räumen!
- Schadensstelle und eventuelle Gefahrenbereiche absperren!
- DONETZ über die Rufnummer "Störungen der Wasserversorgung" – 0231.544-1113 benachrichtigen!

4. Bei jeder Rohrleitung gilt:

Die Versorger müssen auch dann benachrichtigt werden, wenn "nur" die *Isolierung* einer Gas-, Wasser- oder Fernwärmeleitung aus Stahl oder "nur" die *Wandung* einer Gas-, Wasser- oder Fernwärmeleitung aus Kunststoff angekratzt wurde.

Es gibt keine Beschädigung einer Rohrleitung oder eines Schutzrohres, die harmlos oder unwichtig ist! Sie kann immer schwerwiegende und kostspielige Folgeschäden nach sich ziehen.

V. Arbeiten in der Nähe von Freileitungen für die Stromversorgung

Achtung!

Wer Freileitungen - gleichgültig mit welchen Gegenständen - *berührt*, befindet sich in *akuter Lebensgefahr*.

Eine Annäherung an die Leitung innerhalb des Schutzbereiches kommt wegen der Gefahr eines Überschlages einer Berührung gleich.

Schutzabstände

Bei der Verwendung von Baugeräten wie

- Baggern
- Leitem
- Kränen
- Bauaufzügen
- Kipper-Lastwagen
- Baugerüsten

sowie bei Transport und Lagerung von Baumaterialien sind folgende Schutzabstände zu spannungsführenden Leitungen einzuhalten:

bei Freileitungen mit Spannungen	Schutzabstände
bis 1.000 Volt (Niederspannung)	1 m nach allen Seiten
über 1.000 Volt bis 110.000 Volt	3 m nach allen Seiten
über 110.000 Volt bis 220.000 Volt	4 m nach allen Seiten
über 220.000 Volt bis 380.000 Volt	5 m nach allen Seiten

Im Zweifelsfalle erteilt DONETZ bei Niederspannungsfreileitungen sowie AMPRION und WESTNETZ bei allen Freileitungen mit höheren Spannungsebenen über den erforderlichen Schutzabstand Auskunft.

Zur Sicherheit des Bau- und Montagepersonals und zur Vermeidung von Unfällen bei Arbeiten in der Nähe von elektrischen Freileitungen wird von DONETZ für Niederspannungs-Freileitungen eine Unterweisung über den erforderlichen Schutzabstand durchgeführt und dokumentiert.

Für Hochspannungs-Freileitungen erfolgt diese Unterweisung durch AMPRION oder WESTNETZ

Erfahrungen haben gezeigt:

- Vom Führerstand eines Baggers ist der Abstand zwischen Ausleger und Leitung schwer zu schätzen.
- Unebenheiten des Geländes führen bei Bewegungen des Baggers zu unkontrolliertem Ausschwingen des Auslegers.
- Personen, die ein Fördergerüst verschieben, übersehen leicht die gefährliche Annäherung an eine Leitung.
- Beim Abladen eines Kippers konzentriert sich der Fahrer eher auf den Abladevorgang als auf die darüber verlaufende Freileitung.

Besondere Maßnahmen

Bei einer unumgänglichen Annäherung an den Schutzbereich sind wahlweise folgende Maßnahmen zu treffen, damit die genannten Abstände mit Sicherheit nicht unterschritten werden:

- Aufstellen von *Warnposten*, welche die Bewegungen der Geräte überwachen und die Verantwortung für die Sicherheit übernehmen.
- Aufstellen von *Sperrschranken*, welche den Schutzabstand absichern.
- Umgeben der Freileitung mit einem *Schutzgerüst* (nur bei abgeschalteter Leitung und unter Aufsicht eines Vertreters von DONETZ).

Wenn obige Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, muss in Verbindung mit DONETZ eine andere Lösung gefunden werden wie z.B. bei kreuzenden Fahrwegen das Aufstellen einer *Höhenbegrenzung* vor und hinter der Freileitung.

Die Beschädigung von Masterdern an Niederspannungsfreileitungen (z.B. verzinktes Bandeisen) ist wegen der damit verbundenen Gefahr unverzüglich DONETZ anzuzeigen.

Metallische Verbindungen und Abspannungen von Baustelleneinrichtungen dürfen an Masten von Freileitungen nicht angebracht werden.

VI. Nichteinhalten der Sicherheitsbestimmungen

Der Verursacher von Schäden und Unfällen hat für die entstehenden Kosten aufzukommen. Werden Versorgungsanlagen wiederholt in grob fahrlässiger Weise beschädigt, kann zusätzlich Strafanzeige gestellt werden.

Ferner ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, Strafen zu verhängen, wenn Mitglieder oder Versicherte vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen Unfallverhütungsvorschriften verstoßen.

VII. Rufnummern der Entstörungsdienste der Dortmunder Netz GmbH (DONETZ)

DONETZ betreibt einen 24-h-Störungsdienst.

0231.54497-111	Informationen und Hilfe bei Stromstörungen
0231.54497-112	Störungen von Gasgeräten und der Wärmeversorgung
0231.54497-113	Störungen der Wasserversorgung
0231.54497-114	Gasgeruch

Ergänzungen des Tiefbauamtes zu den "Zusätzlichen Vertragsbedingungen" (ZVB) der Stadt Dortmund für die Ausführung von Bauleistungen

1.0 Vergütung (zu § 2)

Zu den vertraglichen Leistungen, die durch die vereinbarten Preise abgegolten werden, gehören, soweit dafür im Vertrag nicht besondere Ansätze enthalten sind oder eine andere vertragliche Regelung getroffen ist, insbesondere:

1.1 Leistungsumfang (zu § 2 Ziffer 1) Verkehrssicherung und Verkehrsregelung im Bereich der Baustelle und ihrer Nebenanlage

2.0 Anspruch auf Vergütung bei geänderten oder zusätzlichen Leistungen (zu § 2 Ziffer 5 - 7)

Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Vordersätze (Mengen) ständig zu überprüfen. Unterbleibt die rechtzeitige Mitteilung der Änderung, so hat der Auftragnehmer die ihm daraus entstehenden Nachteile selbst zu verantworten.

3.0 Ausführung (zu § 4)

3.1 Bauleitung des Auftragnehmers (zu § 4 Ziffer 1 und 2)

3.1.1 Der Auftragnehmer hat, sofern er die Bauleitung nicht persönlich ausübt, einen fachkundigen und zuverlässigen Vertreter verantwortlich mit der örtlichen Bauleitung zu beauftragen und dem Auftraggeber vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benennen. Er hat dafür zu sorgen, dass ihn oder seinen Vertreter Nachrichten des Auftraggebers jederzeit erreichen können.

3.1.2 Der Auftraggeber kann, sofern ein vertrauensvolles und erfolgreiches Zusammenarbeiten mit dem Vertreter oder sonstigen Arbeitnehmern des Auftragnehmers nicht möglich ist, deren Ablösung verlangen.

3.2 Verkehrssicherung, Verkehrsregelung (zu § 4 Ziffer 2)

3.2.1 Der Auftragnehmer hat alle für die Verkehrssicherung im Bereich der Baustelle und ihrer Nebenanlagen erforderlichen Maßnahmen unter seiner Verantwortung durchzuführen und die Baustelle und ihre Nebenanlagen sowie die Baustofflagerplätze entsprechend der StVO und der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO zu sichern. Der Auftragnehmer hat alle Maßnahmen zur Sicherung und Regelung des Verkehrs innerhalb der Baustelle, die wegen der von ihm ausgeführten Arbeiten erforderlich sind, auch außerhalb der Arbeitszeit durchzuführen. Er hat rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten dem Auftraggeber einen Verkehrszeichenplan (§ 45 Abs. 6 StVO) vorzulegen (vierfach), sofern nichts anderes vereinbart ist.

In der Winterperiode sind die Verkehrsflächen im Baustellenbereich schnee- und eisfrei zu halten.

3.2.2 Der Auftragnehmer hat seine Betriebsangehörigen, sowie neu hinzukommende Betriebsangehörige jeweils vor Aufnahme der Arbeit, über alle den Verkehr betreffenden Vorschriften, soweit sie in Verbindung mit der Bauleistung zu beachten sind, ausreichend zu unterrichten und diese Unterweisung von Zeit zu Zeit zu wiederholen.

3.2.3 Berühren die Arbeiten Anlagen der Deutschen Bahn AG oder Anlagen anderer Unternehmen von Schienenbahnen oder Wasserstraßen, so hat der Auftragnehmer Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Stellen zu beachten. Insbesondere hat er alle Maßnahmen, welche zur Sicherung des Betriebes und zur Sicherung seiner Arbeitnehmer gegen die Gefahren des Betriebes erforderlich sind, zu treffen; dazu gehören nicht die von Verkehrsunternehmen ausgeführten Sicherungsmaßnahmen (z.B. Sicherungsposten der Bahn).

3.3 Schutz der Landschaft

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf die Erhaltung des Landschaftsbildes unbedingt Rücksicht zu nehmen. Er hat seine Arbeitnehmer hierüber aufzuklären und dafür zu sorgen, dass Bäume, Baumgruppen, Findlingsblöcke, Felswände und dergleichen nicht beschädigt, beseitigt und natürliche Geländemulden und Tümpel nicht zugeschüttet werden, soweit es nicht im einzelnen vom Auftraggeber besonders zugelassen wird. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidliche Maß einzuschränken.

3.4 Schutz oder Änderung und Beseitigung von Anlagen; Aufwuchs (zu § 4 Ziffer 2)

3.4.1 Anlagen wie Leitungen, Durchlässe, Einfriedungen und dergleichen dürfen erst beseitigt oder geändert werden, wenn das Einverständnis des Auftraggebers vorliegt. Der Auftragnehmer hat die Eigentümer der Anlagen rechtzeitig vorher von ihrer Beseitigung bzw. Veränderung zu verständigen.

3.4.2 Für Aufwuchs gilt Ziffer 3.4.1 entsprechend.

3.4.3 Bei Straßenbäumen ist so zu verfahren, dass diese nicht beschädigt werden, Baumwurzeln sind nur mit Zustimmung zu entfernen. Die Vorschriften der DIN 18920 und die Baumsatzung der Stadt Dortmund in der jeweils gültigen Fassung sind zu beachten.

3.4.4 Werden auf der Baustelle gefährliche Gegenstände (z.B. Kampfmittel) gefunden, so sind die Arbeiten im Gefahrenbereich sofort einzustellen, die nächste Polizeidienststelle/Ordnungsbehörde und der Auftraggeber zu benachrichtigen. Die Gefahrenstelle ist abzusperren. Die Arbeiten dürfen erst nach Beseitigung der Gefahr fortgesetzt werden.

4.0 Verteilung der Gefahr (zu § 7)

Zu den ausgeführten Teilen der Leistung gehören die vom Auftragnehmer zu liefernden Stoffe und Bauteile erst nach ihrem Einbau. Zu den ausgeführten Teilen der Leistung gehören nicht die Baustelleneinrichtungen und Hilfsbauteile (z.B. ausgestellte Schalungen, Geräte usw.), es sei denn, dass diese für sich Gegenstand eines selbständigen Bauvertrages sind.

5.0 Haftung der Vertragsparteien (zu § 10)

5.1 Bedienstete des Auftraggebers, deren sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, gelten bei den Arbeiten, die sie zur Erfüllung von Verbindlichkeiten des Auftragnehmers ausführen, als Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.

5.1.1 Eventuelle außerordentliche Haftpflichtrisiken (Baumaßnahmen in Schutzgebieten, in verkehrsreichen Straßen, in Überflutungsgebieten und dergleichen) hat der Auftragnehmer unbeschadet der Bestimmungen von § 10 Ziffer 1 und 2 in die Haftpflichtversicherung einzubeziehen.

5.1.2 Der Auftragnehmer hat vor Durchführung der Bauarbeiten Erkundigungen über die genaue Lage von Verkehrseinrichtungen sowie unter- und oberirdischer Ver- und Entsorgungseinrichtungen einzuholen. Er ist von dieser Verpflichtung nicht dadurch entbunden, dass aus Eintragungen in Verdingungs- und/oder Ausführungsunterlagen die vermutliche Lage einzelner solcher Einrichtungen ersichtlich ist.

6.0 Abnahme (zu § 12)

6.1 Der Auftraggeber kann Teile der Leistung vorzeitig, d.h. vor dem sich aus dem Vertrag ergebenden Zeitpunkt, in Benutzung nehmen. Eine vorzeitige Benutzung im Sinne des Abs. 1 liegt nicht vor, wenn bereits im Vertrag vorgesehen war, dass die Leistung oder Teile der Leistung vor der Abnahme in Gebrauch genommen werden, z.B. zur Aufrechterhaltung des Verkehrs. Auch bleibt in diesem Falle die vertragliche Verpflichtung des Auftragnehmers zur Verkehrssicherung und Verkehrsregelung unberührt.

6.1.1 Die fertig gestellten Leistungen bedürfen in jedem Falle einer förmlichen Abnahme, auch wenn vorher schon die Leistungen oder ein Teil der Leistung in Benutzung genommen wurden. § 12 Nr.5 gilt nicht.

7.0 Mängelansprüche (zu § 13)

7.1 Der Auftraggeber kann verlangen, dass vor Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche eine gemeinsame Besichtigung der Leistung stattfindet.

7.2 Nach einer Mängelrüge hat der Auftragnehmer unverzüglich für Art und Zeit der Mängelbeseitigungsleistung schriftlich die Zustimmung des Auftraggebers einzuholen.

7.3 **Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt für alle Bauarbeiten 5 Jahre.** Abweichungen hiervon sind in den "Baustellenbezogenen Ergänzungen" geregelt.

8.0 Abrechnung (zu § 14)

8.1 Für Baustofflieferungen sind die einschlägigen DIN-Bestimmungen und die Merkblätter der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in der jeweils gültigen Fassung maßgeblich. Es sind nur handelsübliche und umweltfreundliche Materialien zu verwenden, die in besonderen Fällen der Bauleitung nachzuweisen sind.

Baustoffnachweis (zu § 14 Ziffer 1)

8.2 Der tatsächliche Baustoffverbrauch ist, soweit bestimmte Baustoffmengen vorgeschrieben sind, nach der im Leistungsverzeichnis getroffenen Regelung nachzuweisen.

8.2.1 Ist eine besondere Regelung nicht getroffen, so ist der Verbrauch bei Abrechnung nach Gewicht oder Raummaß durch Vorlage der Frachtbriefe oder der amtlichen Originalliefer- und Wiegescheine laufend nachzuweisen, dies gilt auch für vom Auftraggeber beigestellte Stoffe. Der Einbau aller Schüttgüter, z.B. Kies, Mineralgemisch, Hochofenschlacke, Hal-denschlacke, Schotter, bituminöse Baustoffe, muss anhand von **Originalwiegekarten** (Erstschriften) nachgewiesen werden. Nur sie werden als Abrechnungsgrundlage anerkannt. Sofern das Herstellerwerk keine Originalwiegekarten der Lieferung beigibt, hat der AN auf seine Kosten die Schüttgüter auf einer öffentlichen Waage wiegen zu lassen. Die Wiegekarten sind sofort nach Lieferung der Stoffe der Bauleitung zwecks Anerkennung vorzulegen. Mehreinbau wird nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggebers vergütet, sofern in den "Besonderen Vertragsbedingungen" nichts anderes geregelt ist.

8.2.2 Der Auftraggeber kann stichprobenartig das Gewicht einzelner Lieferungen durch Nachwägung nachprüfen. Die Kosten für die erste Kontrollwägung je Baustoff und Baulos und die Kosten von weiteren Kontrollwägungen, deren Ergebnis um mehr als +/- 1,5 v.H. von dem auf dem Wiegeschein oder Frachtbrief angegebenen Gewicht abweicht, werden nicht vergütet.

8.2.3 Zu den Kosten der Kontrollwägung rechnen alle unmittelbar (Transportkosten, Wiegegebühr usw.) und mittelbar (Wertminderung der Ladung, Einfluss auf den Baustellenbetrieb usw.) durch die Kontrollwägung entstehenden Kosten, jedoch nicht die Kosten für die Beaufsichtigung der Kontrollwägung durch den Beauftragten des Auftraggebers.

8.3 Baustoffnachweis (zu § 4 Ziffer 1) über Gewicht

Wiegescheine müssen die Angaben enthalten:

- Lieferwerk,
- Bezeichnung der Baustelle (...) mit dem Zusatz des Bereiches (...),
- eindeutige Bezeichnung des Wägegutes,
- Nummer des Wiegescheines,
- Datum und Uhrzeit der Wiegung,
- Netto-, Tara-, Bruttogewicht,
- Kennzeichnung des Fahrzeugs (betriebseigene Bezeichnung/amtliches Kennzeichen),
- Unterschrift des Wiegers.

8.4 Feststellung der Leistungen (zu § 14 Ziffer 2)

Sind für die Abrechnung Feststellungen auf der Baustelle notwendig, sind sie gemeinsam vorzunehmen; der Auftragnehmer hat sie rechtzeitig zu beantragen.

Die Beteiligung des Auftraggebers an der Ermittlung des Leistungsumfanges gilt nicht als Anerkenntnis.

Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung der Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.

In den für die gemeinsamen Feststellungen zu verwendeten Aufmaßblättern müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden:

- Auftraggeber
- Auftragnehmer
- Nummer des Aufmaßblattes
- Bezeichnung der Bauleistung mit örtlicher und räumlicher Zuordnung der Maßnahme
- Ordnungszahl (OZ)

Unmittelbar über den Unterschriften und dem Datum muss das Aufmaßblatt den Text enthalten: „Aufgestellt“.

9.0 Zahlungen (zu § 16)

Abschlagszahlungen (zu § 16 Ziffer 1)

9.1 Abschlagszahlungen auf die Baustelleneinrichtung und Vorhaltung werden im Verhältnis der angebrachten Teilleistungen zur Gesamtleistung gewährt.

9.2 Die Schlusszahlung wird unbeschadet der Bestimmung über die Aufstellung und Feststellung der Schlussrechnung erst nach der Abnahme geleistet, auch wenn dadurch die in § 16 Ziffer 3 festgelegte Frist überschritten wird.

10.0 Sonstiges (ohne direkten Bezug auf Paragraphen der VOB/B)

10.1 Anmeldung einer Betriebsstätte

Sofern der Auftrag an eine nicht in Dortmund ansässige Firma erteilt wird, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Beginn der Bauarbeiten dem Steueramt der Stadt Dortmund anzuzeigen und die schriftliche Bestätigung des Steueramtes dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.

10.2 Nachtragsleistungen

Preise für Nachtragsleistungen gem. § 2 VOB/B, die nicht unmittelbar aus den Wettbewerbspreisen des Hauptvertrages abgeleitet werden können und für die bei Ausführungsbeginn keine frei vereinbarten Preise vorliegen, sind als Selbstkostenpreise anzubieten.

10.3 Vergütung bei Änderungsvorschlägen oder Nebenangeboten (§ 2 Nr. 3 VOB/B)

10.3.1 Ist der Auftrag auf einen Änderungsvorschlag oder ein Nebenangebot erteilt worden, dann sind mit der vereinbarten Vergütung alle von dem Änderungsvorschlag oder dem Nebenangebot beeinflussten Leistungen abgegolten, die zur vollständigen Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden.

10.3.2 Alle angebotenen Preise gelten auch dann, wenn sich die Änderungsvorschläge während der Bauausführung ganz oder teilweise als nicht durchführbar erweisen und die geschuldete Bauaufgabe durch eine geänderte, abweichende Ausführungsart erfüllt werden muss.

10.3.3 Für jede gegenüber dem Hauptangebot geänderte Position (Vordersatz und /oder Preis) und jede neue Position übernimmt der Auftragnehmer die Mengengarantie. D.h., Mehrleistungen über die angebotene Menge der geänderten bzw. neuen Positionen hinaus werden nicht vergütet, Minderleistungen nach ausgeführter Leistung abgerechnet.

Anlage Wertung und Zusätzliche Vertragsbedingungen – Berücksichtigung eines Klimafaktors

Für die Umsetzung klimafreundlicher Maßnahmen wird im Rahmen der Angebotswertung ein Klimafaktor von bis zu 10 % der Angebotssumme berücksichtigt. Der Klimafaktor wird für die Angebotswertung als monetärer Wertungsvorteil von der Angebotssumme in Abzug gebracht.

Dieser Klimafaktor wird gewährt für alle Maßnahmen des Auftragnehmers in diesem Auftrag, die klimaschonender sind, als die herkömmliche Ausführung. Dies kann die alternative Verwendung von klimaneutral bzw. klimaschonend produzierten Baustoffen und Recyclingbaustoffen betreffen, aber auch klimaschonende Maßnahmen im Herstellungsprozess, im Rahmen der allgemeinen Unternehmenspolitik wie z.B. auf dem Bauhof des Auftragnehmers und sonstige innovative Möglichkeiten, soweit sie Auswirkungen auf die konkrete Leistungserbringung haben. Hierzu gibt es mehrere Qualitätsniveaus und innerhalb dieser auch verschiedene Möglichkeiten der Nachweisführung.

Möglichkeiten der Nachweisführung:

Im Folgenden werden die verschiedenen Qualitätsniveaus beschrieben. Die Nachweiserbringung für einzelne Kriterien der Qualitätsniveaus 1 und 2 kann dabei durch die nachstehend beschriebenen Zertifizierungen erfolgen. Bei den vorgeschlagenen Instrumenten handelt es sich exemplarisch um messbare Zertifizierungen. Alternative Zertifizierungen oder gleichwertige Nachweise sind ebenfalls zugelassen. Die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

Für die Nachweisführung für Qualität 3 wurde ein Fragebogen mit möglichen Kategorien und Nachweisen erstellt. Die Auflistung ist nicht abschließend, sondern kann durch eigene Themenfelder und auch durch alternative Nachweise ergänzt werden.

Zertifizierung über die CO₂-Performance Ladder/ CO₂-Leistungsleiter

Die CO₂-Performance Ladder stellt einen systematischen Nachweis dar, der vergaberechtlich vollständig die Einhaltung gewisser Kriterien und Vorgaben dokumentiert. Dieses Instrument wird bereits seit längerem in den Niederlanden und Belgien bei Beschaffungen erfolgreich eingesetzt. Eine Umsetzung in Irland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich erfolgt aktuell und auch in Dänemark wurde mit der Einführung begonnen.

Hauptziel der Ladder besteht darin, Unternehmen dazu zu motivieren, ihre CO₂-Emissionen genau zu analysieren und kontinuierlich nach Möglichkeiten zu suchen, diese Emissionen zu reduzieren – sowohl innerhalb des Unternehmens als auch in den jeweiligen Projekten. Die CO₂-Performance Ladder erfordert von den zertifizierten Unternehmen, dass sie nicht nur ihre aktuellen Emissionen offenlegen, sondern auch aktiv Maßnahmen ergreifen, um diese zu verringern.

Für die Nachweisführung bietet die Performance Ladder 2 Möglichkeiten.

- a) der Anbieter weist speziell auf Projektebene mit einer Projekterklärung nach, dass er (projektspezifisch) das Anspruchsniveau (und die darunter liegenden Niveaus) erfüllt, mit dem er sein Angebot abgegeben hat;
- b) der Anbieter verfügt über ein CO₂-Bewusstseins-Zertifikat. (**CO₂ Awareness Certificate**). Das CO₂-Bewusstseins-Zertifikat ist ein Nachweis für die Zertifizierung auf der Grundlage des Handbuchs 3.1 CO₂-Leistungsleiter. Damit weist der Anbieter nach, dass die gesamte Organisation auch bei den von ihr durchgeführten Projekten CO₂-bewusst handelt, wobei die Niveaus des Zertifikats und des Zuschlagskriterium vergleichbar sind.

Die CO₂-Performance Ladder unterteilt sich dabei in beiden Varianten in 5 Niveaus.

In beiden Fällen muss der Anbieter die Einhaltung des Zuschlagskriterium CO₂-Performance Ladder innerhalb eines Jahres nach der Auftragsvergabe und dann jährlich während der gesamten Laufzeit des Projekts nachweisen. Bei kurzfristigen Projekten muss die Einhaltung des Zuschlagskriterium CO₂-Leistungsleiter nach Abschluss des Projekts nachgewiesen werden.

Im Rahmen der Wertung wird berücksichtigt, auf welcher Stufe/welchem Niveau der CO₂-Performance Ladder die Einstufung erfolgt. Die Höhe des Wertungsvorteils je nach Niveau ist der beiliegenden Wertungstabelle zu entnehmen.

Weitergehende Informationen zur CO₂-Performance Ladder, zum Zertifizierungsverfahren und Zertifizierungsstellen findet man unter: www.co2performanceladder.com

Zur Gewährung des Wertungsvorteils ist das **CO₂ Awareness Certificate** mit dem Angebot einzureichen.

360°-Check der Handwerkskammer

Der 360°-Check der Handwerkskammer Dortmund bietet eine umfassende Bewertung der Nachhaltigkeitspraktiken eines Unternehmens, basierend auf den 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen. Diese ganzheitliche Analyse berücksichtigt sowohl betriebliche Prozesse als auch die Einhaltung von Umweltstandards und die Verwendung nachhaltiger Materialien. Der Check unterstützt Unternehmen dabei, ihre Nachhaltigkeitsstrategien tiefgehend zu evaluieren und zu optimieren.

Zur Gewährung des Wertungsvorteils für den 360°-Check ist die Teilnahmebescheinigung „Nachhaltigkeit im Handwerk 360°“ der Handwerkskammer mit dem Angebot einzureichen.

Der 360°-Check wird mit der Zertifizierung nach Stufe 1 der CO₂-Performance Ladder gleichgesetzt.

Für Unternehmen, die sowohl eine Zertifizierung der CO₂-Performance Ladder, als auch den 360°-Check nachweisen können, wird kein weiterer Wertungsvorteil für den 360°-Check gewährt.

Weitergehende Informationen zum 360°-Check, zum Zertifizierungsverfahren und Zertifizierungsstellen findet man unter: www.hwk-do.de/unternehmensberatung/nachhaltigkeit-profitieren-sie-vom-kostenfreien-check/

ÖKOPROFIT

Auszeichnung zum Ökoprofit-Betrieb

Ökoprofit unterstützt Unternehmen dabei, Betriebskosten zu senken und gleichzeitig die Umwelt zu schonen. Dabei bietet das Projekt flexible Lösungen unabhängig von Größe und Branchenzugehörigkeit des Betriebs. Es hat sich seit Jahren auch in Dortmund als Einstieg in ein Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement bewährt. Mit Angebotsabgabe ist die Auszeichnung zum Ökoprofit-Betrieb vorzulegen. Der Nachweis wird gleichgesetzt mit Stufe 2 der CO₂ Performance Ladder.

Unternehmensnetzwerk Klimaschutz

Das *Unternehmensnetzwerk Klimaschutz – Eine IHK-Plattform* vernetzt Unternehmen, die aktiv zum Klimaschutz beitragen und sich zukunftsfest aufstellen wollen. Das Netzwerk richtet sich insbesondere an kleinere Unternehmen und Mittelständler. Informations- und Qualifizierungsangebote begleiten auf dem Weg zur Klimaneutralität. Herz des Projekts ist eine digitale Plattform für den Austausch von Wissen, Erfahrungen und Best Practices. In Zusammenarbeit mit Industrie- und Handelskammern erfolgen Einstiegsberatungen, Webinare und die Qualifizierung von Auszubildenden zu Energie-Scouts.

Die Mitgliedschaft im Unternehmensnetzwerk Klimaschutz ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen. Die Mitgliedschaft entspricht dem Qualitätsniveau 1.

Zertifizierung nach ISO 14001

Im Mittelpunkt der ISO 14001 steht der systematische Aufbau eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. Dieser macht es Unternehmen und Organisationen jeder Art und Größe möglich, ihre Wirtschaftlichkeit und ihren Umweltschutz sowohl auf der betrieblichen Ebene als auch auf der Produktebene zu vereinen.

Dabei ist der Kerngedanke der DIN EN ISO 14001 die Förderung des Umweltschutzes, die Reduzierung von Umweltauswirkungen und somit die richtige Umsetzung von betrieblichen Umweltzielen. Als einziger zertifizierbarer Standard in diesem Bereich konzentriert sich die Norm

jedoch nicht nur auf die Auswirkungen auf das Ökosystem, sondern bezieht auch wirtschaftliche, politische und soziale Aspekte mit ein.

Mit Angebotsabgabe ist die Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001 vorzulegen. Der Nachweis wird gleichgesetzt mit Stufe 2 der CO2 Performance Ladder.

Fragenkatalog Qualitätsniveau 3

Der beiliegende Fragenkatalog gibt Ideen zu Handlungsfeldern und der entsprechenden Nachweisführung.

Zur Gewährung eines Wertungsvorteils ist eine Beschreibung der sonstigen nachhaltigen Maßnahmen und Verhaltensweisen analog des Fragebogens, sowie die Vorlage von Nachweisen, die die nachhaltigere Umsetzung belegen, erforderlich. Die konkreten Anforderungen sind weiter unten unter Qualität 3 beschrieben.

Geeignete Dokumente zur Nachweisführung sind dem Fragenkatalog zu entnehmen. Die Aufzählung ist nicht abschließend, d.h. es können auch gleichwertige Nachweise übersandt werden.

Die Befassung mit dem Fragebogen dient als Arbeitshilfe für Qualitätsniveau 3.

Qualitätsniveaus:

Qualität 1:

Nachweis, dass das Unternehmen sich inhaltlich mit der Frage nach Potentialen zur nachhaltigen Leistungserbringung befasst und ein Bewusstsein für mögliche Maßnahmen und Verhaltensweisen entwickelt.

Qualität 2:

Umsetzung von Maßnahmen bzw. Umstellungen im Betrieb mit Bezug zur konkreten Auftragsdurchführung mit messbaren Ergebnissen im Bereich Ressourcenschonung, Einsparung von CO₂-Emissionen oder sonstigen messbaren Verbesserungen. Hinsichtlich der Abstufung wird sich an den Leistungsniveaus der CO₂-Performance Ladder orientiert.

Qualität 3:

Neben diesen prüfbaren Nachweisen, bzw. Zertifizierungen kann ein Wertungsvorteil gewährt werden für alle **sonstigen nachhaltigen Maßnahmen und Verhaltensweisen** des Auftragnehmers im Rahmen der Auftragsdurchführung.

Für konkrete nachhaltige Maßnahmen und Zielsetzungen ist mit Angebotsabgabe auf gesonderter Anlage darzulegen, welche Klimaschutzmaßnahmen und Alternativlösungen angeboten werden, warum hierdurch klimaschonender agiert wird (z.B. Materialwahl, Änderung in den Lieferketten, Einsparung von Wegen, Umstellung des Fuhrparks, klimaschonender Bauhof, frühzeitige Modernisierungen, Anschaffung Filter, Zertifizierungen, etc.) und gegenüberstellen wieso diese im Gegensatz zur herkömmlichen Vorgehensweise klimafreundlicher sind (z.B. CO₂ Ersparnis berechnen, Energiebilanzen).

Der Wertungsvorteil für Maßnahmen der Qualität 3 wird zusätzlich zu einem Wertungsvorteil der Qualitäten 1 und 2 gewährt.

Zur Gewährung des Wertungsvorteils sind prüfbare Nachweise mit Angebotsabgabe einzureichen. Geeignete Dokumente zur Nachweisführung sind dem Fragenkatalog zu entnehmen. Die Aufzählung ist nicht abschließend, d.h. es können auch gleichwertige Nachweise eingereicht werden.

Gewichtung des Wertungsvorteils:

Der Umfang des gewährten Wertungsvorteils ist abhängig von Art und Umfang der klimafreundlichen Maßnahmen. Die Gewichtung kann der beiliegenden Tabelle „Wertungstabelle Klimafaktor“ entnommen werden.

Die Prüfung, ob und in welcher Höhe Wertungsvorteile gewährt werden können, erfolgt anhand der Angaben des Bieters in der Wertungstabelle, einschließlich der mit einzureichenden zusätzlichen Konzepte und Nachweise.

Einzureichende und nachzureichende Unterlagen:

Mit Angebotsabgabe ist die „Wertungstabelle Klimafaktor“ ausgefüllt mit einzureichen. Angaben zum Fragebogen, ergänzende Erläuterungen oder Konzeptvorstellungen, sowie sonstige Nachweise (Zertifizierungen, Klimapässe, Bescheinigungen, etc.) sind als Anlage zum Angebot zu ergänzen. Wird die „Wertungstabelle Klimafaktor“ nicht oder nicht ausgefüllt mit eingereicht, besteht kein Anspruch auf Gewährung eines Wertungsvorteils. **Eine Nachforderung der „Wertungstabelle Klimafaktor“ erfolgt nicht.** Das Angebot verbleibt dann ggf. ohne Wertungsvorteil in der Wertung.

Die Anlagen (Angaben zum Fragebogen, ergänzende Erläuterungen, Konzeptvorstellungen, Zertifizierungen, Klimapässe, Bescheinigungen, etc.) sind in allen Qualitäten mit Angebotsabgabe einzureichen. Werden keine prüfbaren Unterlagen und Nachweise vorgelegt, kann in der jeweiligen Kategorie kein Wertungsvorteil berücksichtigt werden. **Eine Nachforderung von Anlagen erfolgt nicht.** Das Angebot verbleibt dann ggf. ohne Wertungsvorteil in der Wertung. Eine Aufklärung bezüglich der Maßnahmen in Qualität 3 ist möglich.

Bewertung und Überprüfung des Klimafaktors:

Die Überprüfung der Umsetzung und die Bewertung der erzielten Klimaerfolge erfolgt auch mit Unterstützung durch eine externe Begleitung, die seitens der Stadt Dortmund beauftragt wird. Bei den betroffenen Verfahren werden die eingereichten Nachweise und weitere erforderliche Angebotsinhalte diesem Partner im Rahmen der Angebotswertung zur Prüfung übermittelt. Auch im Rahmen der Auftragsdurchführung wird im Einzelfall die Umsetzung der angebotenen Maßnahmen durch diesen externen Partner überprüft und evaluiert. Dem Unternehmen ist daher im erforderlichen Maß Einsicht in entsprechende Unterlagen zu gewähren. Benötigte Daten und Nachweise sind kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Mit Angebotsabgabe stimmen Sie der Evaluation der Maßnahmen und auch der Einsichtnahme eines beteiligten Dritten zu und stellen die benötigten Informationen zeitnah zur Verfügung.

Vertragsstrafen

Für die Überprüfung der Einhaltung behält sich der Auftraggeber vor auch während der Auftragsdurchführung Nachweise anzufordern und Kontrollen vor Ort durchzuführen.

Bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Falschangabe wird eine Vertragsstrafe in Höhe des im Rahmen der Vergabe gewährten Wertungsvorteils von der Gesamtsumme des Auftrages einbehalten.